

Protokoll

25. Sitzung der Legislatur 2007/2011

Dienstag, 07. Dezember 2010, 18.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsidentin Claudia Zürcher, FDP

Anwesend Stadtparlament: 29 Mitglieder

Anwesend Stadtrat: 5 Mitglieder

Entschuldigt: Ekin Yilmaz, SP und Gewerkschaften

Protokoll: Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 25/ 1. Mitteilungen
- 25/ 2. Berichte aus den FGK-Subkommissionen
- 25/ 3. Botschaft Voranschlag 2011
- 25/ 4. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für die Amtszeit 2007/2011
- 25/ 5. Beantwortung Motion von Roland Schöni, SVP betreffend „Verkehrs- und Parkplatzkonzept rund um das Schwimmbad Arbon“
- 25/ 6. Beantwortung Motion von Max Gimmel, FDP/DKL betreffend „Schaffung eines Projektinformations- und Überwachungssystems für die Stadtentwicklung Arbon „
- 25/ 7. Fragerunde
- 25/ 8. Verschiedenes
 - Information aus dem Stadtrat

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien.

Ich begrüsse sie und heisse sie zu unserer 25. Parlamentssitzung ganz herzlich willkommen.

Es steht uns heute eine reich befrachtete Traktandenliste bevor. Wie üblich bei der Budgetsitzung werden wir eine 15-minütige Pause einfügen, bevor wir zur Abstimmung über den Voranschlag kommen. Ich weise sie darauf hin, dass Eingeklemmte und Getränke zur Verfügung stehen. Bitte bezahlen sie diese selbständig.

Mark Twain sagte einmal: „Gäbe es die letzte Minute nicht, so würde niemals etwas fertig“. In diesem Sinne möchte ich sie ermuntern, ihre Voten so zu halten, wie wenn es die letzte Minute wäre.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 29 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15. Entschuldigt für die heutige Sitzung hat sich Ekin Yilmaz, SP und Gewerkschaften.

Traktandenliste

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich möchte sie noch, bevor wir sie zur Diskussion stellen, darauf hinweisen, dass bei Traktandum 5, Beantwortung Motion, noch die Diskussion und anschliessend die Beschlussfassung hinzukommt und es nicht nur die Beantwortung ist. Dasselbe gilt für das Traktandum 6 Beantwortung der Motion von Max Gimmel.

Ich stelle diese Traktandenliste nun zur Diskussion. Die Diskussion wird nicht gewünscht, somit ist die Traktandenliste wie sie vorliegt genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 16. November 2010

- Einladung mit Traktandenliste
- Beantwortung Einfache Anfrage von Konrad Brühwiler, SVP betreffend „Botschaften zu Abstimmungsvorlagen der Stadt Arbon“
- Beantwortung Einfache Anfrage von Inge Abegglen, SP und Gewerkschaften betreffend „Gebäude Kunsthalle und Rondelle“

Mit Versand 2 vom 23. November 2010

- Kommissionsbericht der FGK
- Beantwortung Motion von Roland Schöni, SVP
- Beantwortung Motion Max Gimmel, FDP/DKL

Per E-Mail am 27. Oktober 2010:

- Parlamentsprotokoll der 23. Sitzung vom 14. September 2010. Das Protokoll wurde vom Parlamentsbüro genehmigt und ist seit dem 10. November 2010 im Internet abrufbar.
- Bereits erhalten haben sie per Post am 01. Oktober 2010 den Voranschlag 2011

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

1. Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung ist dem Büro kein Vorstoss abgegeben worden.

Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Andrea Vonlanthen, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Präsident Einbürgerungskommission Andrea Vonlanthen: Die Einbürgerungskommission hat an der Novembersitzung die folgenden Personen ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

Beschlüsse der Einbürgerungskommission

(Sitzung EBK vom 09. November 2010

1. Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon wurden folgende Personen aufgenommen

- Radovic Nebojsa, 1965, serbischer Staatsangehöriger
Radovic-Radosavljevic Suzana, 1974, serbische Staatsangehörige
Radovic Aleksandra, 1993, serbische Staatsangehörige
Radovic Aleksandar, 1995, serbischer Staatsangehöriger
Radovic Rade, 2000, serbischer Staatsangehöriger
- Berisha Besarta, 1989, serbische Staatsangehörige
- Osmani Hazir, 1967, serbischer Staatsangehöriger
Osmani-Shkodra Zymryte, 1972, serbische Staatsangehörige
Osmani Ervin, 1991, serbischer Staatsangehöriger
Osmani Arlina, 1995, serbische Staatsangehörige

Das Gemeindebürgerrecht bildet die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten. Wir beglückwünschen diese zehn Gesuchsteller im Namen des Stadtparlaments zur Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht. Wir wünschen ihnen ein waches Interesse und Freude in der Mitgestaltung unseres Gemeindewesens und an der Entwicklung unserer Stadt.

2. Zur Behandlung anstehende Gesuche

(Sitzung EBK vom 14. 12. 2010, 25. 01. 2011 und 16.02.2011

- Pavlovic Karolina, 1971, serbische Staatsangehörige
- Savic Kristina, 1995, serbische Staatsangehörige
- Al-Saigh Amal, 1970, irakische Staatsangehörige
- Hayn Rudolf, 1936, deutscher Staatsangehöriger
- Golic Djordje, 1993, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
- Agovic Hako, 1977, serbischer Staatsangehöriger
Agovic-Ujkanovic Indira, 1982, serbische Staatsangehörige
Agovic Arialda, 2004, serbische Staatsangehörige
Agovic Anel, 2007, serbische Staatsangehörige
- Berisha Arnis, 1987, serbischer Staatsangehöriger
- Cicek Tunahan, 1992, türkischer Staatsangehöriger
- Kandzic Hamed, 1961, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
Kandzic Ena, 1996, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- Krinulovic-Sipka Marijana, 1984, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- Krinulovic-Sipka Marina, 1984, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- Batjari Nermina, 1993, serbische Staatsangehörige

Im Moment liegen noch 45 pendente Gesuche von 79 Personen vor. Zur Behandlung in der Einbürgerungskommission stehen aber nur noch 14 Gesuche von 20 Personen an, bei denen die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vorliegt. Alle anderen Gesuche befinden sich im Vorprüfungsverfahren im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind vorerst zurückgestellt. Fünf Gesuchsteller mit zurückgestellten Gesuchen haben die weitere Behandlung ihres Gesuches beantragt und werden in nächster Zeit auch oder nochmals zur Befragung durch die Einbürgerungskommission eingeladen.

2. Berichte aus den FGK-Subkommissionen

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Die Finanz und Geschäftsprüfungskommission (FGK) wird Ihnen wiederum einen kurzen Einblick in ihre Tätigkeit geben.

Inge Abegglen, Subkommission: Eine Aufgabe der FGK ist es, auch fertige Bauabrechnungen zu überprüfen. Dafür haben wir eine Subkommission gegründet, in der Christine Schuhwerk, Kaspar Hug und ich zusammen zwei Bauabrechnungen geprüft haben.

Bauabrechnung Strandbad und Camping :

Das Parlament hat im Rahmen des Budgets 2004 einer 1. Etappe in der Höhe von Fr. 720'000.-- und mit Budget 2008 der 2. Etappe in der Höhe von Fr. 830'000.-- zugestimmt.

Aus der Bauabrechnung geht hervor, dass Mehrkosten von insgesamt Fr. 71'249.70 angefallen sind. Dabei sind Mehrleistungen im Wert von rund Fr. 112'000.-- ausgeführt worden. Allein der neue Steg löste Mehrkosten von Fr. 83'000.-- aus.

Weitere Mehrkosten entstanden durch:

- neues Geländer Steg
- Ersatz Stahltreppe Steg
- Warmwasserboiler Camping
- Spararmaturen Camping
- Treppe zum See
- Plattenwege
- Beschriftungen und Signalisationen

Der Kanton hat sich an der Betonsanierung des Strandbades, Garderobe und Kassahaus mit insgesamt Fr. 161'000.-- beteiligt.

Damit konnte die Sanierung Strandbad / Camping Fr. 49'000.-- günstiger als geplant abgeschlossen werden.

Die Subkommission kommt zur Überzeugung, dass bei der Sanierung Strandbad und Camping gute Arbeit geleistet wurde. Die Kosten waren zu jedem Zeitpunkt unter Kontrolle.

Bauabrechnung Seeparksaal:

Nachdem das Parlament am 17. Mai 2005 einer umfangreichen Renovation des in die Jahre gekommenen Seeparksaales mit einem Rahmenkredit von Fr. 969'000.-- zugestimmt hat, wurde in jährlichen Etappen die Sanierung umgesetzt. Die Bauabrechnung schliesst mit einer Summe von Fr. 1'031'533.80. Unter Berücksichtigung der aufgelaufenen Teuerung ergibt dies eine Kostenunterschreitung von Fr. 13'897.20 bzw. 1,32 Prozent.

In der detaillierten Bauabrechnung sind die verschiedenen Mehr- bzw. Minderkosten klar aufgeführt und begründet. So unter anderem die Beschallungsanlage, die viel zu tief, betreffend Kosten und Qualität, budgetiert wurde und die zusätzliche Installation eines Beamers. Auch die Bühneneinrichtung wurde teurer als angenommen.

Durch Einsparungen und Minderkosten konnten die Mehrkosten zum grossen Teil ausgeglichen werden. Ein Teil der Minderkosten konnte durch preisgünstigere Vergaben und einfachere Ansprüche erwirkt werden.

Die Subkommission kommt zum Schluss, dass nur das Notwendige ausgeführt wurde. Der neue Zustand des Seeparksaales dient den Mietern sehr. Die zusätzlichen Investitionen in die Beschallung und den Beamer können vermietet werden und generieren so wieder Einnahmen. Auch mit der gut ausgestatteten Saalküche ist der Seeparksaal wieder konkurrenzfähig und attraktiv für Mieter.

Dass die Sanierung des Seeparksaales mit einem Gesamtkredit angegangen wurde, die Ausführung jedoch in Etappen geschah, hat sich als richtig erwiesen. Die Zielvorgaben und die Finanzen wurden eingehalten. Die Bauabrechnung ist übersichtlich und nachvollziehbar dargestellt. Wir danken für die seriöse Arbeit.

Der Seeparksaal hat eine umfangreiche Sanierung erhalten und ist mit einer modernen, gut funktionierenden Infrastruktur ausgestattet. Der finanzielle Aufwand hat sich gelohnt.

Roman Buff, Subkommission: Die FGK Subkommissionsüberprüfung, Einhaltung Legislaturprogramm 2007 – 2011, hat schon in der Parlamentssitzung vom 29. Juni 2010 berichtet. Eine Pendez, wie weit der Umsetzungsstand des Controllings in der Stadtkanzlei operativ fortgeschritten ist, liess sich unsere Subkommission mit Elisabeth Tobler, Bernhard Bertelmann, Werner Keller und dem Sprechenden an einer Sitzung vom 02. Dezember 2010 mit Martin Klöti, Stadtschreiberin Andrea Schnyder und Samuel Struhs nochmals orientieren. Wir haben gehört, dass die Kontrolle, das heisst das Überwachen und Verwalten etabliert und der Prozess des Controllings, das Steuern und Lenken in Bezug auf das Finanz- und Personalressortcontrolling umgesetzt ist. Eine Arbeitsgruppe hat das Controlling personell weiterentwickelt und stellt sich vor, eine zentrale Portingstelle zu etablieren. Das Konzept wird demnächst dem Gesamt-Stadtrat vorgestellt, diskutiert und dann wahrscheinlich umgesetzt. Zudem wurde uns der neue Flyer, Zeichen der Legislatur 2007 - 2011 ausgehändigt, den sie alle vor sich liegen haben und der auch hinten aufliegt.

3. Botschaft Voranschlag 2011

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir behandeln das Budget als Antrag des Stadtrates. Ich begrüsse zu diesem Traktandum Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung, welche in verdankenswerter Weise allfällige Änderungen elektronisch aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird uns daher das Endergebnis direkt vorliegen.

Vom Stadtrat liegen folgende Anträge vor:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2011 sei bei 76% zu belassen.
2. Der Voranschlag 2011 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 884'190.-- sei zu genehmigen.
3. Die Investitionsrechnung 2011 mit Nettoinvestitionen von 8'749'000.-- Mio. Franken sei zu genehmigen.

Es liegt Ihnen auch der Kommissionsbericht mit den Anträgen der FGK sowie mit den daraus resultierenden Zahlen vor.

Der Bericht mit den Anträgen der FGK ist Ihnen vorgängig zugestellt worden. Während der materiellen Beratung sind sie selbstverständlich berechtigt, weitere Anträge zu stellen.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass das Eintreten gemäss Art. 17 der Gemeindeordnung obligatorisch ist.

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst Silke Sutter Heer als Präsidentin der FGK.

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Auch ich möchte vorab auf den schriftlichen Bericht hinweisen, den sie alle bereits erhalten haben.

Die FGK hat Budget und Finanzplan dieses Jahr während drei Sitzungen zuhanden des Parlaments geprüft. Es fand auch dieses Jahr wieder ein Treffen mit dem Stadtrat und den FGK-Mitgliedern zum Budget statt. Während des Treffens ergaben sich sehr viele angeregte Diskussionen und es kam zu einem produktiven Gedankenaustausch zwischen den Anwesenden. Wir möchten an dieser Stelle dem Stadtrat und den Abteilungsleitenden für die angenehme und interessante Zusammenarbeit, wie immer, bestens danken.

Die Steuerzahlen basieren auf der Hochrechnung vom September 2010. Bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen kann wohl von einer nachhaltigen Steigerung ausgegangen werden. Deshalb wurde trotz der Auswirkungen der Steuergesetzrevision, welche am 01. Januar 2011 in Kraft tritt, eine weitere Steigerung auf der Einnahmenseite von einer halben Million budgetiert. Dies ist eher ein ehrgeiziges Ziel für 2011. Bei den juristischen Personen wird davon ausgegangen, dass die Talsohle durchschritten ist, wobei im Jahr 2010, dieses Jahr, das budgetierte Ziel nicht erreicht werden wird.

Auf der anderen Seite gibt es aber unerwartete Mehreinnahmen bei der Grundstücksgewinnsteuer von rund Fr. 350'000--, diese können die Mindereinnahmen wettmachen. Die Defizite der Rechnung führen zu einer Verringerung des Eigenkapitals der Stadt Arbon. Stadtrat Hug wies jedoch darauf hin, dass die „stillen Reserven“ der Stadt in der Gesamtbetrachtung nie berücksichtigt werden und das Eigenkapital eigentlich viel höher wäre. Es stellt sich mithin die Frage, wie diese Eigenmittel in der Zukunft allenfalls sichtbar gemacht werden könnten.

Bei dem Treffen mit Stadtammann Klöti informierte er erneut über die Zusammenhänge der geplanten neuen Strassenführung und über die Projekte die damit im Zusammenhang stehen.

Erstmals war der neue Leiter der Abteilung Bau/Freizeit/Sport, Remo Tambini, dabei. Er hat früher die Stelle Hochbau besetzt, die noch nicht neu besetzt werden konnte. Reto Stäheli versicherte uns an diesem Treffen, dass sich die Controllinginstrumente wie auch das Liegenschaftskonzept nun unter der neuen Leitung im Aufbau befinden. Es wurde festgestellt, dass diverse Objekte (Bauten und Strassen) der Stadt Arbon in einem schlechten Zustand sind. Nach der Strassensanierung soll künftig dafür gesorgt werden, dass der Zustand durch regelmässige Unterhaltsarbeiten auf einem gewissen Niveau gehalten werden kann. Damit sollen langfristig tiefere Unterhaltskosten anfallen.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger und der Leiter der Sozialen Dienste Hansjörg Fenner erklärten der FGK, dass die Fallzahlen (Sozialhilfe) trotz sinkender Arbeitslosenzahlen nach wie vor steigen. Die Erholung der Wirtschaft hat sich damit noch nicht direkt auf die Zahlen der Sozialhilfe ausgewirkt. Im besten Fall wird 2011 mit einer Stabilisierung gerechnet. Entwickelt sich die Wirtschaftslage weiterhin positiv, kann 2012 mit einem Rückgang der Fallzahlen gerechnet werden. Ebenfalls diskutiert wurde das Dock, das heute 120 Angestellte zählt. Wir wurden darüber informiert, dass die Kosten für das Dock um rund zwei Drittel tiefer sind als frühere Arbeitsprogramme.

Beim Vormundschaftsamt erfolgt eine Stellenerhöhung um 10 Prozent. Die Fallzahlen von Egnach sind zwischenzeitlich von 50 auf 80 gestiegen. Das Vormundschaftsamt von Arbon führt auch das Vormundschaftsamt Egnach. Dies macht die Stellenerhöhung notwendig. Der gesamte Aufwand ist durch die Zahlungen der Gemeinde Egnach gedeckt.

Neu muss die Stadt Arbon ab 2011 mit Pflegeheimbeiträgen von rund Fr. 450'000-- rechnen, wobei beachtet werden muss, dass es sich hierbei um eine Schätzung handelt. Diese neue Belastung bringt der Gemeinde keine direkten Kosteneinsparungen. Nicht klar ist, wie sich der Ausstieg der Gemeinde Steinach aus der Spitex-Organisation auswirken wird. Allenfalls kann ein Teil der Ausfälle durch die tendenziell steigenden Leistungen aufgefangen werden.

Eine weitere Änderung ergibt sich bei der Pensionskasse Arbon, wo im Jahr 2011 vom Leistungs- auf das Beitragsprimat umgestellt wird. Wenn sie die Zahlen im Budget beachten, stellen sie fest, dass diese trotz alledem gestiegen sind. Beide Systeme hätten aber 2011 sowieso mehr gekostet. Der Anstieg der Mehrkosten ist aber beim Beitragsprimat tiefer als beim Leistungsprimat.

Selbstverständlich kann das vorgeschlagene Defizit nicht als erfreulich bezeichnet werden. Die FGK kommt aber zu Schluss, dass entsprechende Gegenwerte geschaffen werden und vieles nun zu greifen beginnt. Der Budgetprozess ist aufgrund der teilweise schwer abschätzbaren äusseren Kriterien und raschen Entwicklungen schwieriger geworden. Die FGK hat aber den Eindruck, dass in der Stadt Arbon daran gearbeitet wird, dass das beeinflusst wird, was optimiert werden kann und ansonsten seriöse Schätzungen anhand der bekannten Umstände gemacht werden. Dabei lässt es sich nicht vermeiden, das liegt wirklich in der Natur der Sache, dass gerade die gewichtigen Positionen wie Steuereinnahmen und Sozialausgaben durch Einzelereignisse budgetwirksam unter- oder überschritten werden, ich erinnere an die bereits erwähnte Wirtschaftskrise 2008.

Das vorgelegte Budget 2011 erreicht ein Selbstfinanzierungsrad von 34 Prozent. Gemäss Legislaturplan soll er mittelfristig 70 Prozent betragen. Im Durchschnitt hat er von 2007 bis 2011 114 Prozent betragen, wobei dies vor allem auf die in den Jahren 2006 und 2007 ausserordentlich tiefen Nettoinvestitionen zurückzuführen ist. In den nächsten Jahren wird der Selbstfinanzierungsgrad angesichts der geplanten Investitionen wohl eher tief liegen, mittelfristig ist das Ziel aber erreichbar.

Die FGK kam einstimmig zum Schluss, dass sie einer Beibehaltung des Steuerfusses von 76 Prozent zustimmen kann. Es ist aber mit dem Stadtrat zu halten, dass in den kommenden Jahren eine Erhöhung geprüft werden muss, wobei dannzumal andere Möglichkeiten ebenfalls in Betracht gezogen werden müssen.

Abschliessend bedanke ich mich bei meinen Kommissionskolleginnen und –kollegen ganz herzlich für die effiziente und kollegiale Zusammenarbeit sowie die konstruktiven und interessanten Diskussionen. Ein spezieller Dank geht auch an den Stadtrat und die Abteilungsleiter, insbesondere an Mischa Vonlanthen, der uns in dieser Sitzung mit dem Stadtrat und den Abteilungsleitern begleitet hat und auch heute Abend hier mit Bernhard Egli im Saal sitzt.

Das Eintreten ist obligatorisch.

Konrad Brühwiler, SVP: Die Fraktion der SVP bedankt sich bei Stadtrat und Verwaltung für die, über das ganze Jahr erfreuliche Zusammenarbeit.

Vor einem Jahr ist die SVP in diesem Saal gegen eine grosse Mehrheit dieses Parlamentes angetreten, um einen Voranschlag mit einem Defizit von über 2.5 Mio. Franken abzulehnen.

Unsere Hauptziele damals:

1. Den Stadtrat und die Stadt Arbon zu einem sparsameren Haushalten zwingen.
2. Keine baldigen markanten Steuererhöhungen
3. Mit einem seriösen Finanzplan die geplanten und sinnvollen Investitionen ermöglichen, um Arbon in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

Mit der Ablehnung des Budgets mit Rekorddefizit im März dieses Jahres prognostizierte uns Stadtrat und Finanzchef Patrick Hug einen Scherbenhaufen. Heute, elf Monate später, dürfen wir feststellen, dass die Scherben, wenn es denn Scherben gab, dass die Scherben Glück gebracht haben. 84% der Arboner Stimmbevölkerung packten die Chance und sagten vertrauensvoll „Ja“ zur NLK. 56% sagten „Ja“ zum Friedhofgärtnerhaus mit Werkgebäude.

Das „Nein“ zum Budget mit Rekorddefizit war ein wichtiges Signal zur rechten Zeit. Der Arboner Souverän ist mündig genug zu wissen, wann er „Ja“ oder wann er „Nein“ sagen muss. Von daher sollte es unser aller Ziel sein, die Anliegen der Bevölkerung ernst zu nehmen. Und die SVP nimmt die Anliegen der Bevölkerung sehr ernst.

Für uns kommt der Voranschlag für das Jahr 2011 sehr schwer verdaulich daher:

Das vorgeschlagene Defizit kann selbstverständlich nicht als erfreulich bezeichnet werden. Die Prognosen der Steuereinnahmen 2011 basieren auf Hochrechnungen vom September 2010. Trotz Kantonaler Steuergesetzrevision per 01.01.2011 wird auf der Einnahmenseite mit Mehreinnahmen von einer halben Million Franken budgetiert. Für uns ein sehr ehrgeiziges Ziel.

Der Stadtrat versucht analog unserer letztjährigen Forderung die Ausgabenentwicklung zu stabilisieren. So ist der Sachaufwand gegenüber Voranschlag 2010 praktisch unverändert. Gegenüber dem 1. Budgetvoranschlag für das Jahr 2010 bringt er beim jetzt vorliegenden Entwurf, Aufwand und Ertrag, in ein wesentlich besseres Verhältnis. Leider sieht dies für die Folgejahre wegen der bevorstehenden Nettovestitionen wieder alles andere als rosig aus und muss noch korrigiert werden.

Die in einzelnen Bereichen unumgänglichen Kostensteigerungen müssen möglichst in anderen Bereichen kompensiert werden.

Was meinen wir damit? Nicht zufriedenstellend sind z.B. für die SVP die Zahlen rund um die Soziale Wohlfahrt. Erlauben sie mir hier den Quervergleich zur Feuerwehr: Die Aufgaben der Feuerwehr sind Retten, Löschen, Bergen und Schützen. Dies nicht nur bei Feuer, sondern auch bei Verkehrs- und anderen Unfällen, bei Überschwemmungen etc.. Aufgrund der zunehmenden Aufgabenvielfalt der Feuerwehr nehmen die technischen Hilfeleistungen stark zu, die Feuerwehr entwickelt sich zur Hilfeleistungsorganisation. Das Schützen, als vierter Element ist also eine vorbeugende Massnahme und beinhaltet im wesentlichen Elemente des vorbeugenden Brandschutzes, Brandschutzerziehung oder richtiges Verhalten in Notsituationen. Aber im Falle eines Ernstfalles sind alle Mittel für Retten, Löschen und Bergen einzusetzen.

Nicht so beim Ressort Soziale Wohlfahrt. Ständig steigende Angebote laufen einher mit ständig steigenden Kosten. Anlässlich des 2. Arboner Sozialberichts vom 25. November 2010 konnte ich mir ein Bild machen. Es ist bewundern- und bemerkenswert, was die einzelnen Mitarbeiter/innen in diesen Abteilungen an Engagement und Kreativität an den Tag legen. Ehrlich, die machen einen wirklich überzeugenden Job und legen sehr viel Herzblut in ihre Tätigkeit.

Aber auf der anderen Seite müssen wir wirklich auch die ständig steigenden Kosten im Auge behalten. Die in diesem Jahr budgetierten Mehrausgaben gegenüber Budget 2010 sind:

Jugendschutz	+ Fr. 41'000.--
Kinder- u. Jugendarbeit	+ Fr. 8'000.--
Öffentliche Sozialhilfe	+ Fr. 44'000.--
Integration v. Ausländern	+ Fr. 15'000.--
Übrige Sozialhilfe	+ Fr. 160'000.--

Das sind Mehrausgaben von rund Fr. 270'000.--.

Es brennt und lodert namentlich bei der öffentlichen und der übrigen Sozialhilfe und im Asylbereich, doch statt eines Versuchs, nun einen Teil der Mittel für die wirklich nötige Hilfe bereitzustellen, wird von Seiten der Abteilungsleitung weiter an neuen Projekten gebastelt und nach noch mehr Geld gerufen. Die SVP wird in der Detailberatung zu einzelnen Positionen moderate Kürzungsanträge stellen und hofft doch sehr auf ihre Unterstützung.

Weiterhin ansteigend ist der Personalaufwand im Stellenetat. Dies stimmt nachdenklich. Zwar sind die Stellenvermehrungen gut begründet und einerseits auf grosse Arbeitslasten zurückzuführen. Andererseits müssen auch immer wieder neue Aufgaben erfüllt werden. Dennoch stelle ich hier die Frage, ob es nicht auch Arbeiten gibt, die nicht mehr unbedingt nötig wären? Da fordern wir den Stadtrat und die Abteilungsleiter auf, die Aufgaben zu überprüfen und womöglich zu handeln.

Im Übrigen mache ich zum dritten Mal in Folge auf Art. 41 des Personal- und Besoldungsreglements aufmerksam, darin heisst es: „Der Stadtrat legt jährlich im Rahmen des Voranschlags fest, welcher prozentuale Anteil an der Gesamtlohnsumme eingesetzt werden soll für:

1. Eine generelle Lohnanpassung für das gesamte Personal auf Grund der Jahresteuerung und einer Reallohnherhöhung sowie für:
2. Leistungsbezogene individuelle Lohnanpassungen.

Wiederum unterlässt es der Stadtrat, im Voraus über Lohnanpassungen zu orientieren. Heute hat er noch Zeit dazu. Ich frage deshalb den Stadtrat an:

1. Bekommt das Stadtpersonal einen Teuerungsausgleich, wenn ja, wie viel?
2. Gibt es eine Reallohnherhöhung oder leistungsbezogene individuelle Lohnanpassungen?
3. Sind diese allfälligen Mehrausgaben bereits im Budget enthalten?

Entwicklung und Investitionen

Arbon will Zukunft haben und Arbon ist daran seine Standortattraktivität zu steigern. Für Arbons Zukunft sprechen Wohnort und Arbeitsort: Arbon entwickelt zurzeit eine grosse Dynamik als Wohnort. Die Schulen machen wieder positive Schlagzeilen. Doch über achtzig leere Wohnungen sind kantonsweit der vierthöchste Leerwohnungsbestand. Fast täglich kommen neuerbaute Wohnungen dazu. Zugegeben, die Bautätigkeit ist einer der Motoren unserer Wirtschaft. Es macht aber wenig Sinn, Wohnraum auf Vorrat zu errichten. Es braucht das Augenmass für die Nachhaltigkeit. Um als Wohnort und Arbeitsort noch attraktiver zu werden, gilt es verschiedene Aufgaben im Auge zu behalten. Eine massvolle Steuerbelastung und der sparsame Umgang mit den vorhandenen Ressourcen sind dringende Anliegen unserer Einwohner und Einwohnerinnen an die Stadtverwaltung.

Durchschnittlich hohe Investitionen helfen unsere Wirtschaft in Schwung zu halten. Deshalb kann die SVP einen Grossteil der geplanten Investitionen unterstützen. Die zur Zeit grössten Beträge der geplanten Investitionen wie Mehrfachhalle, NLK, Kanalnetz/Kanalunterhalt, Unterhalt Gemeindestrassen etc. sind sinnvoll, schaffen einen Gegenwert und können so akzeptiert werden.

Dabei gilt aber: Die Ausgabendisziplin im Umgang mit öffentlichen Mitteln ist mindestens so wichtig wie im privaten Bereich. Diese Ausgabenentwicklung im Finanzplan sieht betrüblich aus. Zusammen mit den Nettoinvestitionen steigen in den Jahren 2012, 2013 und 2014 die Ausgaben auf 44 bis 46 Mio. Franken. Defizite von 2 und 3 Mio. Franken werden prognostiziert. Der Selbstfinanzierungsplan von durchschnittlich 79% verheisst eine massive Neuverschuldung. Da hat der Stadtrat noch nicht alle Ziele seiner Legislatur erreicht. Der Selbstfinanzierungsgrad ist völlig ungenügend.

Für die SVP ist klar: Eine Steuererhöhung ist zurzeit und auch 2012 kein Thema. Zuerst gilt es, eine Verzichtsplanung zu erstellen. Wir sind überzeugt, dass über kürzere oder längere Zeit auf vieles verzichtet werden kann. Bei dieser Verzichtsplanung wünschen wir uns die gleiche Phantasie wie andernorts.

Die SVP steht voll und ganz hinter den Kürzungsanträgen der FGK.

Wir alle wollen Arbon vorwärts bringen. Doch bevor die Schweizerische Volkspartei als Sparvollpartei in Arbons Geschichte eingeht noch dies:

„Das einzige, was man ohne Geld machen kann, sind Schulden.“

Werner Keller, FDP/DKL: Die FGK Präsidentin Silke Sutter Heer hat ihnen den Vorschlag und die Arbeit der FGK ausführlich erläutert, besten Dank dafür. Wir möchten uns aber auch beim Stadtrat und der Verwaltung bedanken für die Vorbereitung der Budgetunterlagen.

Die Fraktion der FDP/DKL hat sich intensiv mit dem vorliegenden Budget befasst. Die angekündigte Steuerfusserhöhung auf Seite 11 und der Selbstfinanzierungsgrad von 33.84% ist in unserer Fraktion auf keine Begeisterung gestossen. In diesem Zusammenhang stellen sich für uns folgende Fragen:

Gibt es neue Trendmeldungen, denn unsere vorliegenden Hochrechnungen sind bereits 3 Monate alt, die das Budget 2011 beeinflussen können?

Sind die budgetierten Steuereingänge wirklich ehrgeizig formuliert?

Wir sind gespannt auf die Antworten vom zuständigen Stadtrat.

Wir dürfen uns die Entwicklung der Stadt Arbon nicht selber verbauen. Diesen Grundsatz habe ich vor zwei Jahren hier an gleicher Stelle vorgetragen. Es ging damals in der Budgetsitzung um Planungskosten zugunsten der NLK. Weitsichtige 3318 Stimmberchtigte Arbonerinnen und Arboner haben am 28. November 2010 ein Ja in die Urne gelegt. Das sind über 83% der Arboner Bevölkerung, die dem NLK Projekt zugestimmt haben. Knüpfen wir doch an diesem Erfolg für Arbon an, denken und investieren wir weiterhin in die Zukunft. Nicht Polemik und Missgunst bringen uns weiter, sondern Mut und Verantwortung! Mit den überdurchschnittlichen Bautätigkeiten in Arbon sehen wir ein klar steuerliches Wachstum und das müssen wir zusammen mit dem Stadtrat generieren. Ich betone, um den Steuerertrag zu erhöhen sind wir alle, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, in der Verantwortung. Sehen wir doch die Chancen von Arbon, mit unseren bekannten Standortvorteilen. Will sich die Stadt Arbon als interessanter Standort behaupten, so braucht es einen Stadtrat und ein Parlament, das diesen Härtetest besteht. Wir müssen gemeinsam Rezepte finden, die in möglichst kurzer Zeit Früchte tragen. Mit den über 200 Wohnungen, die in unserer Stadt zur Zeit im Bau sind, generieren wir nebst Steuereinnahmen auch andere Vorteile, denn es gibt bekanntlich auch Neuzuzüger/Innen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Nehmen wir doch diese Herausforderungen an und gehen konstruktiv in die Detailberatung.

Alexandra Keel, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die FGK hat wie üblich Position für Position des Budgets durchberaten und dem Stadtrat einen Fragekatalog vorgelegt, welcher gewissenhaft und rasch beantwortet wurde.

Dank der zu erwartenden Steigerung der Einnahmen ist das zu erwartende Defizit nicht so hoch ausgefallen, wie noch im Budget 2010. Die immer noch hohen Ausgaben der öffentlichen Sozialhilfe, welche gut erklärt werden können und auch in Zukunft schwierig abzuschätzen sind, und die Auswirkungen der Neuen Pflegefinanzierung belasten das Budget 2011 auf der Ausgabenseite erheblich. Das Eigenkapital der Stadt schrumpft damit weiter und es wird nötig sein, dass die Stadt die „stillen Reserven“ in einem nächsten Budget „aktiviert“.

Es ist sehr wichtig, dass der Steuerfuss bei 76% belassen werden kann. Die Wahrscheinlichkeit einer Steuerfusserhöhung für 2012 und 2013, je nach Entwicklung der Steuereinnahmen und den Ausgaben der öffentlichen Sozialhilfe, wie es im Voranschlags-Bericht des Stadtrates umschrieben wurde, ist zumindest ungeschickt formuliert und stösst auf keinen guten Grundton. Der Stadtrat hat in den folgenden Jahren dafür zu sorgen, dass eine Steuererhöhung nicht erfolgen muss, indem er trotz der grossen Brocken, die kommen werden, sorgfältig in Etappen finanziell plant. Eine Steuerfusserhöhung würde von unserer Fraktion nicht toleriert.

Auf der andern Seite ist es dem Stadtrat trotz der nicht rosigen finanziellen Situation gelungen, viele seiner präventiven sozialen Aufgaben wieder ins Budget aufzunehmen, um damit mittelfristig auf uns zukommende noch höhere Sozialausgaben abzufedern. Wir hoffen, dass dies auch in Zukunft so möglich sein wird.

Für die folgende Budgetdiskussion wünschen wir uns eine faire und sachliche Debatte, die mit kurzen, klaren Voten geführt wird. Unserer Fraktion ist bewusst, dass man an einigen Positionen

sparen kann, doch muss man sich auch vor Augen führen, ob die Anträge kleinlich, konstruktiv oder weitsichtig sind.

Bernhard Bertelmann, SP und Gewerkschaften: Im Namen der Fraktion der SP und Gewerkschaften danke ich Stadtrat und Verwaltung für das sorgfältig erstellte Budget. Für die FGK war es eine grosse Erleichterung, dass der Voranschlag dieses Jahr bereits vor den Herbstferien zugestellt worden ist. Damit konnte die FGK die Beratungen gründlich und unter geringerem Zeitdruck vornehmen.

Insgesamt sind die Zahlen im Voranschlag leider auch dieses Jahr nicht erfreulich. Ein Defizit von über Fr. 800'000.-- ist wohl besser als das letzte Jahr, aber längst nicht befriedigend und es ist ratsam, sich auf eine eher langsame Erholung von der Wirtschaftskrise in Arbon einzurichten. Auch nächstes Jahr werden wohl viele Arbonerinnen und Arboner und vielleicht auch Betriebe darauf angewiesen sein, dass wir ein funktionierendes soziales Netz für Notlagen haben. Es gilt, diesem Sorge zu tragen. Wir alle könnten einmal darauf angewiesen sein.

Spuren hinterlassen aber nicht nur die Krise, auch neue Gesetzgebungen tun dies. Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung haben nun mal zur Folge, dass sich die Betroffenen früher beim Sozialamt melden müssen. Auch die Fr. 450'000.--, welche die Stadt Arbon neu für die Pflegeheimbeiträge bezahlen müssen, belasten das Budget ausserordentlich.

In früheren Jahren konnten wir vielleicht noch hoffen, dass der Stadtrat pessimistisch budgetiert hat. Bei den prognostizierten Steuereinnahmen ist dies kaum der Fall.

Somit dürfte insbesondere auch in Anbetracht der bevorstehenden Investitionen eine Senkung des Steuerfusses leider kein Thema sein. Hoffen kann man diesbezüglich einzig auf das neue Finanzausgleich-Modell, wie es zurzeit beim Kanton geprüft wird.

Sorgen bereiten der Fraktion der SP und Gewerkschaften die wegschmelzenden Eigenmittel. Der Stadtrat hat dies ebenfalls erkannt. Es gibt hier durchaus verschiedene Möglichkeiten, wie darauf reagiert werden kann. Indem beispielsweise Ausgaben vermindert, stille Reserven aktiviert werden oder indem die Einnahmen erhöht werden, z.B. durch Steuererhöhungen, wie es uns der Stadtrat in seinem Bericht androht. Wir bitten den Stadtrat, hier frühzeitig Überlegungen anzustellen und insbesondere auch langfristige Auswirkungen mit einzubeziehen.

Wenn wir das Budget von der inhaltlichen Seite anschauen, können wir positiv vermerken, dass es nun eine bessere Konzentration auf die grossen und wesentlichen Vorhaben gibt, mit denen - wie es die FGK ausdrückt - auch Gegenwerte geschaffen werden. Eine transparente und übergreifende Projektplanung mit Ressourcenplanung sowie eine Projektkontrolle fehlt jedoch nach wie vor. Die Fraktion der SP und Gewerkschaften wird darauf drängen, dass sie baldmöglichst realisiert wird, denn mit einer guten Planung können Kosten gespart werden. Wir werden im Verlauf des heutigen Abends noch darauf zu sprechen kommen.

An der Urne haben wir Arbonerinnen und Arboner eindrücklich bestätigt, dass wir die NLK wollen. Die NLK ist aber nicht nur eine Strasse, sondern hat, wie es Stadtammann Martin Klöti auch immer wieder betont, Auswirkungen auf die gesamte Stadtentwicklung. Es steht uns somit eine sehr grosse Aufgabe bevor, die wir mit grosser Konzentration, mit viel Energie und guter Planung in Angriff nehmen müssen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Wenn wir das Legislaturprogramm 2007 – 2011 zur Hand nehmen, Kapitel Finanzen, lesen wir: Die Laufende Rechnung ist ausgeglichen, nicht erreicht, einmal mehr. Wir lesen weiter: Unsere finanzpolitischen Zielsetzungen sind für unsere Einwohnerschaft und Unternehmen attraktiv, der Steuerfuss ist tendenziell sinkend. Wir sind gespannt, was dann im nächsten Legislaturprogramm 2011 – 2015 steht. Vermutlich steht da: Erhöhung des Steuerfusses ist wahrscheinlich so wie wir das jetzt bereits in der Botschaft zur Kenntnis nehmen müssen.

Welches sind denn die Folgen, wenn in einem Jahr die Steuern erhöht werden, wie es uns der Stadtrat als wahrscheinlich nennt.

1. Wir haben einen offensichtlichen Standortnachteil und 2. wir werden steuerpolitisch endgültig zur Insel der Unglückseligen. Tatsache ist, wir haben mit 76% schon heute den 4-höchsten Steuerfuss im Kanton.

Am letzten Samstag war im Tagblatt zu lesen, dass gleich fünf Thurgauer-Gemeinden ihre Steuern senken. Im Oberthurgau sind dies Bischofszell um 3 auf 72%, Amriswil um 2 auf 63% und Horn gar um 4 auf 34%. Wir haben gehört vorhin, auch von den Sozialdemokraten, wir haben einen Gegenwert für unser Defizit.

Erstaunlich, wenn ich meiner Frau an der Zürcher Bahnhofstrasse einen goldenen Ring kaufe, der Fr. 30'000.— kostet, habe ich auch einen Gegenwert, aber im Prinzip vermag ich den Ring gar nicht. Ich kann privat auch nicht einfach die Steuer erheben, wenn es nicht aufgeht. Ich nenne eine solche Finanz- und Steuerpolitik mindestens problematisch. Wie gewinnen wir denn Neuzuzüger, vor allem reiche Neuzuzüger, nach denen sehnen wir ja uns alle. Laut Thurgauerzeitung gab es eine Untersuchung von Moneyhouse und da hieß es: Neuzuzüger mit Fr. 300'000-- und höherem Einkommen haben vier Ansprüche: 1. Sie suchen die Nähe zu Zürich, 2. sie suchen tiefe Steuern, 3. günstige Immobilienpreise und 4. eine ländliche Umgebung. Zwei Kriterien können wir leider nicht erfüllen: Die Nähe zu Zürich und die tiefen Steuern auch nicht. Ein reicher Zuzüger wählt heute mit Vorteil Horn oder Bottighofen als Standort und spart dadurch Tausende von Steuerfranken.

Fazit: Wir sind sehr dankbar, dass auch die CVP sagt, eine Steuererhöhung kommt für uns nicht in Frage und wir können da nur nachdoppeln. Eine Steuererhöhung kommt nicht in Frage solange wir den Sparwillen des Stadtrates, der Verwaltung nicht erkennen können. Sie kommt nicht in Frage solange wir keine konsequente Aufgabenteilung erkennen können. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er prüft, was notgedrungen vom Staat und was besser und günstiger von Privaten gemacht werden kann. Von Privaten, von Vereinen, von Kirchen zum Beispiel auch, wenn es gerade um Sozialhilfe geht.

Die SVP freut sich sehr, dass sich Arbon derart positiv entwickelt, aber wir warnen von einer Steuerpolitik, die eben dunkle Wolken provoziert am Horizont der Stadt der weiten Horizonte. Die SVP ist ganz klar für Eintreten, aber sie hat grosse Bedenken gegenüber einer Finanz- und Steuerpolitik, die das Sparen und die die Aufgabenteilung zuwenig ernst nimmt.

Vizestadtammann Patrick Hug: Besten Dank für die einerseits positive Aufnahme des Budgets und auch für die kritischen Fragen und Bemerkungen. Es sind dies auch Anstösse für uns. Diese sind es, welche uns weiterbringen, und so habe ich es auch verstanden.

In der Tat, die städtischen Finanzen befinden sich auf einer eigentlichen Berg- und Talfahrt. Im Jahr 2008 die steile Bergfahrt mit einem Rekordüberschuss von 2,4 Mio. Franken, ein Jahr später im Jahre 2009 die rasante Talfahrt mit einem fast ebenso hohen Defizit von 2,2 Mio. Franken. Und im Jahre 2010, dies zeigen die Hochrechnungen, geht es nun wieder aufwärts, Konrad Brühwiler hat es bestätigt: Das Defizit des ersten, vom Volk verworfenen Budgets konnte im zweiten Voranschlag mit 1,2 Mio. Franken mehr als halbiert werden, und gemäss der aktuellsten Hochrechnung dürfte der Fehlbetrag abermals halbiert werden auf nun noch rund Fr. 600'000.--.

Zum Votum von Werner Keller: Die ehrgeizigen Ziele bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen im Budget 2011 sind aus unserer Sicht gerechtfertigt. Der Aufwärtstrend dürfte sich dank der Rekordbautätigkeit und dem damit verbundenen Einwohnerzuwachs fortsetzen.

Die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen entwickeln sich, ich habe es erwähnt in der Rechnung 2010, immer noch sehr erfreulich, bei den Grundstücksgewinnsteuern, Silke Sutter hat es erwähnt, können ausserordentliche Mehrerträge verbucht werden, und auch die Ausgaben bei der öffentlichen Sozialhilfe liegen derzeit klar unter Budget. Wobei ich hier ausdrücklich festhalten

möchte, dass damit nicht die Fallzahlen, sondern der effektiv ausbezahlté Gesamtbetrag gemeint ist. Lieber Konrad Brühwiler, es wird jeder einzelne Fall genau geprüft, jeder einzelne Betrag genau durchgerechnet, bevor er ausbezahlt wird. Noch nicht wesentlich erholt haben sich leider die Steuererträge bei den juristischen Personen. Der Aderlass von rund 2 Mio. Franken im Jahre 2009 konnte noch nicht ansatzweise wieder wettgemacht werden. Hier liegt aber bestimmt noch ein Potenzial für die kommenden Jahre.

Und auf eben diese kommenden Jahre möchte ich nun zu sprechen kommen: Mit dem zu erwartenden Defizit 2010 dürfte sich das Eigenkapital auf rund 1,6 Mio. Franken reduzieren. Und wie sie, geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dem Finanzplan entnehmen können, stehen uns noch einige schwierige Jahre mit hohen Investitionssummen bevor.

Andrea Vonlanthen, nun könnte der Stadtrat einfach hingehen und den Steuerfuss erhöhen. Diese einfache und so gesehen auch bequeme Lösung, Werner Keller, möchte die Exekutive aber wenn irgend möglich vermeiden. Wie ich bereits gegenüber der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) ausgeführt habe und wie diese nun auch in ihrem Bericht selber schreibt, müssten auch andere Möglichkeiten in Betracht gezogen werden. Alexandra Keel hat es ebenfalls betont.

Eine solche Möglichkeit hat nun der Stadtrat einstimmig verabschiedet. Im Rahmen der Erarbeitung des Budgets 2011 wurden in der Exekutive diverse Ideen diskutiert, wie das Eigenkapital der Stadt Arbon durch Neubewertungen des Verwaltungs- oder Finanzvermögens gestärkt beziehungsweise korrekt ausgewiesen werden kann.

Unter anderem wurde diskutiert, ob die der Stadt gehörenden Namenaktien der Arbon Energie AG neu zu bewerten sind. Dabei handelt es sich um 4'995 Namenaktien à Fr. 1'000.-- Nominalwert. Diese sind auf einen Franken abgeschrieben. Gemäss einer Bewertung per 31.12.2009 weist die Arbon Energie AG einen Unternehmenswert von rund 40 Mio. Franken auf. Der Wert der Beteiligung Arbon Energie AG, welche sich zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Arbon befindet, ist aufgrund dieser Unternehmensbewertung ausgewiesen. Deshalb ist eine Aufwertung beziehungsweise Neubewertung der Beteiligung Arbon Energie AG auf Fr. 4'995'000.--, was dem Nominalwert entspricht, sinnvoll. Dadurch wird das Eigenkapital der Stadt Arbon gestärkt. Die neu zu bildende Neubewertungsreserve Eigenkapital könnte auf Antrag des Stadtrates und Genehmigung des Stadtparlaments inskünftig auch für die Deckung von allfälligen Aufwandüberschüssen verwendet werden. Sowohl die Rechnungsprüfungskommission (RPK) als auch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) sowie die Revisionsgesellschaft BDO AG wurden über diese Massnahme orientiert. Sie haben allesamt keine Einwände dagegen erhoben.

Noch ein Wort zum Finanzausgleich, Bernhard Bertelmann: Die Stadt Arbon wird vom Kanton im nächsten Jahr voraussichtlich einen Finanzausgleich von 1,3 Mio. Franken erhalten. Die Stadt Amriswil beispielsweise, Andrea Vonlanthen hat diese Gemeinde als positives Beispiel erwähnt – erhält über 2 Mio. Franken Finanzausgleich mehr, nämlich satte 3,4 Mio. Franken und kann den Steuerfuss nun auf 63 Prozent senken. So einfach ist der kantonale Finanzausgleich gestrickt, in welchem zur Erhebung der Finanzausgleichshöhe die einzelnen Steuerfusse leider keine Rolle spielen. Der kantonale Finanzdirektor Bernhard Koch hat hier zumindest eine Überprüfung in Aussicht gestellt.

Über den Teuerungsausgleich und die Reallohnnerhöhung wird Stadtammann Martin Klöti in der Detailberatung informieren, Konrad Brühwiler.

Detailberatung:

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich möchte Ihnen vorab bekannt geben, wie ich die Detailberatung durchführen werde.

1.) Liegt ein Antrag der FGK vor, möchte ich nur auf Wunsch eines Stadtrats- oder eines Parlamentsmitgliedes abstimmen lassen, da dieser Antrag ansonsten für mich als unbestritten gilt. In diesem Fall würde der FGK-Antrag als genehmigt gelten.

2.) Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein Gegenantrag oder ein anderer Antrag gestellt, werden wir zuerst über Antrag FGK und Antrag Parlamentsmitglied abstimmen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Stadtrates, den sie dem Voranschlag entnehmen können, gegenübergestellt und darüber abgestimmt.

3.) Unbestrittene Korrekturen seitens Stadtrat: Wenn seitens Stadtrat Korrekturen angebracht werden und keine Wortmeldungen seitens Parlament erfolgen, gelten diese als unbestritten und damit als angenommen.

4.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück und liegt ein FGK-Antrag vor, der ebenfalls als unbestritten gilt, gilt der FGK-Antrag als stillschweigend angenommen.

Laufende Rechnung

Ich werde immer die fettgedruckten Zahlen lesen und dann eine Pause machen, um zu sehen, wer etwas sagen will. Bei Wortmeldungen, bitte ich sie, immer die Kontonummer bei ihren Voten zu nennen.

Silke Sutter-Heer: Bevor es in die wirkliche Detailberatung zur Detailberatung geht, möchte ich bemerken, dass die FGK hier keine Anträge hat. Wenn die Anträge in der Investitionsrechnung angenommen werden, sich die Laufende Rechnung trotzdem um Fr. 23'000.-- würde reduzieren. Hierzu gibt es keine separaten Anträge in der Laufenden Rechnung.

10 Allgemeine Verwaltung: Keine Bemerkungen

11 Öffentliche Sicherheit: Keine Bemerkungen

13 Kultur und Freizeit:

Konrad Brühwiler, SVP: 1300.36505 Beitrag an Konzert + Theater St. Gallen: Wir wissen es alle, seit Jahren unterstützt die Stadt Arbon Konzert und Theater St. Gallen mit einem namhaften Betrag. Im Jahr 2009 aufgrund einer besonders intensiven Empfehlung seitens unseres Stadtammanns sogar mit erhöhtem Ansatz. Zu dem erhöhten Ansatz kam das Versprechen dazu, dass ab Beitritt und Inkrafttreten des Kulturlastenausgleichs zwischen Thurgau und St. Gallen diese Zahlungen hinfällig werden. So bezahlt der Thurgau im nächsten Jahr zwischen 1,6 und 1,8 Mio. Franken für Konzert und Theater St. Gallen.

Herr Stadtammann war in dieser grossrätslichen Kommission selber mit dabei und ist sich eines Satzes aus dem Kommissionsberichtes sicher noch bewusst. Da heisst es: Gleichzeitig können auch die Thurgauer Gemeinden, welche aktuell freiwillige Beiträge in der Höhe von rund Fr. 90'000.-- pro Jahr leisteten, auf diese Beiträge an die Ausrichtung dieser Genossenschaft, Konzert und Theater St. Gallen verzichten. Ich bitte den Stadtammann hier sein gesprochenes Wort zu halten und dieser Fr. 5'000.-- zu streichen, womit ich dann meinen Antrag zurücknehmen könnte, der heisst: Konto. 1300.36505: Der Beitrag von Fr. 5'000.-- an Konzert und Theater St. Gallen ist zu streichen.

Stadtammann Martin Klöti: Im letzten Jahr habe ich es bereits angekündigt, diese Position entfällt insgesamt, Konrad Brühwiler hat es erklärt. Es stimmt, der Kanton zahlt 1,8 Mio. Franken, wie auch die Kantone St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden. Ich habe aber bereits im letzten Jahr gesagt, dass aus dem Kreise des Kontaktgremiums Projekte bestehen für Jugendliche und Schulen. Ich habe deswegen, wie andere Gemeinden, es sind über hundert St. Galler- und Thurgauergemeinden, einen Betrag festgehalten, den wir gemeinsam einmal abgesprochen hatten in diesem Gremium, für den Fall, dass solche Projekte angeboten werden. Ich zitiere jetzt einen Brief des Stadtpräsidenten, Kollegen Alex Brühwiler aus Gossau, der diese Koordination übernommen hat. Der Brief stammt vom 03. Dezember 2010 und ich deklariere ihnen dieses Package, was eben für eine Gemeinde nun angeboten wird. Für die Fr. 5'000.-- erhalten wir zwei Vorstellungen des mobilen Kindertheaters in der entsprechenden Gemeinde, klassenweise der Besuch der Generalproben der

Konzerte des Sinfonieorchester St. Gallen, eine Vorstellung des Jugendstücks in der Lokremise mit dramaturgischer Betreuung und die Gemeinden werden wie bis anhin zu einer Vorstellung ihrer Wahl, einer Auswahlliste eingeladen. Dabei stehen ihnen 15 Eintrittskarten pro Saison zur Verfügung, ein. Angebot, von dem ich letztes Jahr bereits gesprochen habe, und dieses käme ganz sicher Schulen und Jugendlichen zugute. Im ganzen Konto Kulturförderung machen diese Fr. 5'000-- bei Fr. 243'300.--einen doch eher geringen Betrag aus. Sie können nun gerne entscheiden, ob dieses Projekt und dieses Angebot für Arbon in einer kurzen Distanz zu St. Gallen und einem sehr professionell geführten Theater dort sinnvoll ist oder nicht. Ich beantrage Ihnen, diese Fr. 5'000.-- für dieses Projekt stehen zu lassen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Das meine ich, Herr Stadtammann, als ich vorhin von Aufgabenteilung sprach. Hier sollen Schüler aus Arbon profitieren, also ist es eine Aufgabe der Schule, diesen Betrag zu leisten und nicht die Stadt. Die fünfzehn Eintrittskarten, ich denke, der Stadtrat mit Gattinnen wird das Stadttheater trotzdem besuchen können, wir möchten es auch gönnen, ich meine diese Fr. 5'000.-- gehören effektiv, wenn wir an die Aufgabenteilung denken, aufs Konto der Schule.

Konradin Fischer, CVP/EVP: Wenn wir diese Aufgabenteilung wirklich ernst nehmen würden, Trennung Stadt – Schule, dann können wir beide die Budgets der Stadt und die Budgets der Primarschule sowie das Budget der Sekundarschule total neu aufmischen. Wir haben jetzt ein sehr gutes Einvernehmen der beiden Schulgemeinden mit der Stadt und ich bitte sie, den Antrag des Stadtammann zu unterstützen.

://: Der Antrag des Stadtrates obsiegt mit 22 zu 7 Stimmen.

14 Gesundheit: Keine Bemerkungen

15 Soziale Wohlfahrt:

Roland Schöni, SVP: 1540.3650 exxa Erziehungs-/Familienberatung: Sie sehen, dass in der Rechnung 2009 diese Position noch Fr. 86'000.-- betrug. Im Voranschlag 2010 bereits Fr. 90'000.-- und jetzt Fr 114'000.--. Das sind geplante Mehrausgaben von Fr. 28'000.-- gegenüber 2009. Ich stelle daher den Antrag, diese Position auf Fr. 100'000.-- zu reduzieren. Ich bin auch für Erziehung und Familienberatung aber wenn so, wie es im 2. Sozialbericht steht, die Problemstellungen auf alle Positionen ausgeweitet werden, wie, ich zitiere: „erhebliche Folgekosten entstehen aus Fehlerernährungen und Übergewicht, Erziehung Grenzen setzen und Umgang mit elektronischen Medien, Isolation etc. Prävention ist sicher gut, muss es aber immer so weit gehen, ein so ausgeweitetes Angebot haben“ Ich muss noch hinzufügen, dass ich nicht an der Vorstellung des 2. Sozialberichtes teilnehmen konnte, ich habe mich aber informiert. Ich stelle daher den Antrag, dass die Erziehungs- und Familienberatung auf Fr. 100'000-- zu reduzieren ist.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Die exxa Erziehungs- und Familienberatungsstelle ist ein Verein im Bezirk Arbon, angeschlossen sind auch zwei Gemeinden vom Kanton St. Gallen. Fast alle Oberthurgauer Gemeinden sind dabei. Die Stadt Arbon hat eine Leistungsvereinbarung. Natürlich stellen wir auch fest, dass die Dienstleistungen zunehmen. Dies ist vor allem auch der Fall, weil wir mehr präventiv wirken wollen. Besonders die Schule, Konradin Fischer hat es vorhin gesagt, meldet vermehrt Fälle. Es ist gut und sinnvoll eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Schule zu haben. Die Schule ist darauf angewiesen, dass sie mit problematischen Kindern Ansprechpersonen findet. Kinder, die in der Schule oder auch Kinder, die zu Hause oder in der Mütter- und Väterberatung auffallen, werden mit ihren Eltern zur Beratung geschickt. Der präventive Sinn ist etwas Wichtiges. Wir verhindern somit weitere Kosten, welche im höheren Alter anfallen, die dann sehr viel teurer würden.

Wir haben auch neue Projekte mit der Mütter- und Väterberatung, das heißt: Früh erfassen und früh fördern. Das kostet ein wenig Geld, ich denke es rechnet sich mit den Jahren positiv.

://: Der Antrag des Stadtrates obsiegt mit 18 zu 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Andrea Vonlanthen, SVP: 1581.3010 Besoldungen: Hier stellen wir fest, dass die Besoldungen in der öffentlichen Sozialhilfe gegenüber der Rechnung 09 um Fr. 47'000.-- oder 7,5 % steigen und dies ohne Stellenvermehrung, mindestens ist es in der Übersicht hier, keine Stellenvermehrung aufgeführt. Uns nimmt es schon wunder, warum es in der öffentlichen Sozialhilfe derart überdurchschnittlich steigt. Wie kommt es dazu?

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Ich musste Benny Egli auch zuerst fragen, ich wusste es nicht genau, wie sich dieser Betrag zusammensetzt. Ich habe gehört, dass es interne Verschiebungen gegeben hat, vom Verein Rondelle, dass es jetzt die Kinder- und Jugendarbeit gibt. Dann hatten wir etwa fünf Schwangerschaft- Mutterschaftsurlaube, das Geld ist noch nicht alles ganz hereingekommen. Ich muss aber sagen, dass wir nicht mehr Personal angestellt haben außer im Vormundschaftsamt, die Prozente für Egnach, dort gab es eine Erhöhung, aber das kostet uns ja nichts. Egnach bezahlt ja diese Stelle.

Andrea Vonlanthen, SVP: Frau Stadträtin, wie sie ja sagen, wir haben nicht mehr Personal aber wir haben höhere Kosten von Fr. 47'000.--. Sie sagen, es gäbe ja Verschiebungen, können sie uns dann sagen, wo reduziert wird, damit hier aufgestockt werden kann. Wo findet die Verschiebung im Budget statt?

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Wir müssen das nachschauen.

Präsidentin Claudia Zürcher: Wenn es für sie in Ordnung ist, werden wir weitermachen und geben Stadträtin Heidi Wiher-Egger die Zeit, um nachzuschauen und kommen nachher wieder darauf zurück.

Konrad Brühwiler, SVP: 1583.3180 Dienstleistungen Dritter (Integrationsarbeit): Zwölf Seiten dick kommt es daher, das Migrationskonzept der Stadt Arbon. Auch da muss ich sagen, fehlt es nicht an Kreativität, wie wir in Arbon die ausländische Wohnbevölkerung noch besser integrieren könnten. Integration beginnt mit der Sprache, deshalb sind die Beiträge Deutschkurse (HEKS in-fra etc) bis zu einem gewissen Betrag sicher gerechtfertigt.

Nun gibt es aber seit zwei bis drei Jahren eine Kommission für Integration. Sie beanspruchte letztes Jahr Fr. 2'000.-- und auch dieses Jahr wieder Fr. 2'000.-- Zusätzlich kommt aber auch dieses Jahr wieder die Forderung nach Fr. 20'000.-- für die Umsetzung dieses Migrationskonzepts. Doch wenn ich dieses Migrationskonzept lese, dann muss ich befürchten, dass mit dieser Umsetzung eine riesige administrative Welle auf uns zukommt.

Ich zitiere aus dem Konzept: Mögliche Vision:

1. Die Organisationen verfügen über Adressen von Kulturdolmetschern, Schlüsselpersonen, moralische Instanzen der entsprechenden Kulturgruppe.
2. Die in Kontaktstehende Organisation macht mit der Klientenschaft und eventuell unter Beibezug des Kulturdolmetschers eine Analyse der Familiensituation. Welches Familienmitglied hat welche Sprachkenntnisse. Welches Familienmitglied nimmt welche Angebote in Anspruch?
3. Gemeinsam mit dem Klient wird der notwendige Hilfeplan erstellt. Wer benötigt wo welchen Sprachunterricht. Wer benötigt weitere Hilfsangebot? Wie wird das Angebot finanziert.
4. Mit den beteiligten Organisationen werden regelmässige Standortgespräche durchgeführt, um die Ergebnisse regelmässig zu prüfen. Bei Bedarf, Kindswohlgefährdung, werden Massnahmen verfügt.

Dann unter einem anderen Kapitel, Massnahmen: Für einzelne Massnahmen müssen Detailkonzepte erarbeitet werden, die auch Indikatoren für die Zielerreichung beinhalten. Bei allfälligen Massnahmen sind folgende Überlegungen zu berücksichtigen: Zu unterscheiden ist jeweils, ob AusländerInnen ist zur ersten oder zweiten Generation gehören. Zu unterscheiden ist auch, zu welcher Bildungs- und Sozialschicht Ausländer/innen gehören. Zu unterscheiden ist auch, zu welcher Kulturgruppe sie gehören. Zu unterscheiden ist jeweils ob die sprachliche Förderung und oder weitergehende

Beratung benötigt wird. Die Vernetzung ist zu verbessern, etc.. Da kommt sehr schnell und sehr viel auf uns zu.

Im Namen der SVP Fraktion beantrage ich ihnen deshalb die Kürzung dieser Position um Fr. 10'000.-, damit würden Stadt und Kanton denselben Betrag an diese Arbeit bezahlen.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Ich beantworte zuerst die Frage von Konrad Brühwiler betreffend der Integration. Ich habe letztes Jahr schon referiert über das neue Bundesgesetz, Ausländer und Ausländerinnen Art. 53:

1. Es steht darin, der Bund, Kantone und Gemeinde berücksichtigen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Anliegen der Integration.
2. Sie schaffen günstige Rahmenbedingungen für Chancengleichheit und die Teilhabe der ausländischen Bevölkerung am öffentlichen Leben.
3. Sie fördern besonders den Spracherwerb.
4. Sie tragen den besonderen Anliegen der Integration der Frauen, Kindern und Jugendlichen Rechnung.

Bei der Integration arbeiten die Behörden, Bund, Kantone, Gemeinden und Ausländerorganisationen zusammen. Diesem Gesetz haben sie alle zugestimmt. Es ist erst im Januar 2008 in Kraft gesetzt worden. Wir sind als Kommune beauftragt, diesem Gesetz Rechnung zu tragen. Darum haben wir auch das Migrationskonzept erstellt und zwar nicht alleine, nicht Hans-Jürg Fenner und ich, sondern mit der ausländischen Bevölkerung. Wir haben 15 Nationen angeschrieben, die haben eigene Vertreter in unseren Sitzungen. Ich möchte jetzt nicht auf Einzelheiten vom Migrationskonzept eingehen, weil Konrad Brühwiler da Einzelheiten herausgenommen hat. Ich möchte sie darauf aufmerksam machen, dass das Migrationskonzept auf der Internetseite aufgeschaltet worden ist.

Noch betreffend den Dolmetscherdiensten: Die haben uns schon immer viel gekostet und wahrscheinlich mehr, als sie jetzt kosten. Wir wollen mit den Schulen zusammen einen Pilotversuch machen. Es stellen sich auch Leute aus Ausländergruppen hier zur Verfügung, welche bei einfachen Problemen übersetzen. Es gab immer wieder Situationen, dass zum Beispiel der Sohn für seine Eltern übersetzen musste und es ging um das Problem vom Sohn. Das war nicht unbedingt ein guter Zustand. Wir haben jetzt einige Leute gefunden für fast alle Sprachen. Es haben sich jetzt Frauen und Männer zur Verfügung gestellt und ihre Telefonnummern hinterlegt. Diese Personen können Lehrer oder jemand vom Vormundschaftsamt anrufen, wenn es um einfache Problemstellungen geht, natürlich nicht um komplexe Probleme, dort sind wir natürlich wieder um die Übersetzer der Caritas angewiesen. Man kann diese Dolmetscher anfordern. Die Schulen haben diese Telefonnummern und wir wollen das einmal ein halbes Jahr laufen lassen und sehen, wie sich das bewährt. Das kostet nichts und ist ehrenamtlich.

Konradin Fischer, FDP/DL: Wir können die Diskussion von vorhin wieder aufnehmen, ich möchte sie erinnern, dass das Konto Dienstleistungen Dritter heisst und nicht Migrationskonzept. Es ist so, dass wir jetzt die vierjährigen bei uns im Kindergarten begrüssen, ich möchte keine pädagogische Debatte losbrechen ob das sinnvoll ist oder nicht. ein positiver Aspekt ist es jedoch, dass wir sehr früh in einen verbindlichen Kontakt mit den Eltern treten können und wir sind sehr froh, dass die Stadt hier so aktiv geworden ist, wie das Stadträtin Heidi Wiher-Egger hier erwähnt hat.

Das wäre wiederum eine Position, die sich Schule und Stadt jeweils jährlich im Pingpong hin und her zuschieben könnten. Ich bitte sie, auf den Kürzungsvertrag nicht einzutreten.

://: **Der Antrag des Stadtrates obsiegt mit 21 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung.**

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir gehen zurück zu Konto 1581 öffentliche Sozialhilfe, zu Konto 1581.3010 Besoldungen.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Nach Auskunft ist es so, dass auch noch dazukommt, dass wir letztes Jahr 30 Stellenprozente erhöhen konnten, aber nur für ein Jahr entsprechend, das läuft aber

noch. Da müssen wir jedes Jahr wieder neu bewilligen, weil die Fallzahlen ja so zugenommen haben. Das ist die Antwort, ausser den Schwangerschaften gibt es keine Reduktion. In unserer Abteilung arbeiten jene vom Sozialversicherungsamt, arbeitet die Administration auch im Vormundschaftsamt usw., wenn dort Not am Mann ist. Zum Beispiel, wenn die neuen Anträge von der Prämienverbilligung eintreffen, dann gibt es solche Stösse von Papieren, dass zwei Frauen nicht reichen für die Bearbeitung und so wird immer ausgeholfen. Ich kann es nur so erklären.

Andrea Vonlanthen, SVP: Das dürfen wir uns nicht erlauben. Wir dürfen es nicht zulassen, dass es heisst, wir haben eine Steigerung um Fr. 47'000--. Es geht um eine 30-Prozentstelle, die dazugekommen ist, 30 Prozent machen Fr. 47'000-- aus. Dann werden Schwangerschaften erwähnt, budgetmässig. Man erwartet im nächsten Jahr bereits so und soviel Schwangerschaften, die man hier ins Budget aufnimmt. Das ist doch eine unseriöse Budgetierung. Deshalb beantrage ich Ihnen diese Position um Fr. 30'000--, dann haben wir immer noch wesentlich mehr als im Budget 2010, aber im Blick auf ein Zeichen, beantrage ich Ihnen diese Position um Fr. 30'000-- auf Fr. 643'000-- zu kürzen. Wir haben ein Budgetdefizit, das entspricht 4,4 Steuerprozenten und wir hören derartige Antworten auf Lohnsteigerungen von Fr. 47'000--. Ich bitte sie, diesem Antrag zuzustimmen.

://: Der Antrag des Stadtrates obsiegt mit 14 zu 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

16 Verkehr: Keine Bemerkungen

17 Umwelt und Raumordnung: Keine Bemerkungen

18 Volkswirtschaft: Keine Bemerkungen

19 Finanzen und Steuern:

Stadtamtmann Martin Klöti: Die Auskunft noch in Sachen Teuerungsaugleich, das betrifft ja das gesamte Personal und ich bespreche es daher zum Schluss. Der Stadtrat hat gestern beschlossen und per 30. November nehmen wir den Wert. Er hat diesmal 0,3 % Teuerung ausgemacht, und wir haben bereits mit 0,8 budgetiert. Wir haben auf Antrag der Personalkommission und in der Diskussion im Stadtrat 0,5% generelle Lohnerhöhung für Mitarbeitende mit einem Jahresgehalt bis Fr. 100'000-- gewährt. Es sind damit die 0,8% und die 0,4% individuelle Lohnerhöhung ist die Hälfte des normalen Beitrags, den wir sonst ausgerichtet haben. Wir stehen somit bei 1,2%. Es ist dies der tiefste Wert im Vergleich von Kanton, Bund und Thurgauischen Städten. Sie sehen, anwesende Kantonsräte wissen Bescheid, was der Kanton ausrichtet. Der Bund hat ebenfalls über 2% und wir sind bei 1,2% hiermit.

Finanzplan:

Präsidentin Claudia Zürcher: Ich stelle den Finanzplan 2012 bis 2014, den wir lediglich zur Kenntnis nehmen, zur Diskussion.

Investitionsplan: Wir werden es wieder gleich halten, wie bei der Laufenden Rechnung.

Finanzvermögen: Keine Bemerkungen

10 Allgemeine Verwaltung: Keine Bemerkungen

11 Öffentliche Sicherheit: Keine Bemerkungen

13 Kultur und Freizeit:

Silke Sutter Heer, FGK: Namens und Auftrags der FGK stelle ich einen Antrag zu den Parkanlagen, wobei ich mir bewusst bin, dass die Halbwertszeit unserer Anträge der FGK mittlerweile sehr kurz geworden ist. Kaum ist der Antrag ruchbar geworden, ist er links und rechts überholt. Zuvor ist nichts gegangen bei dieser Position 1330 Parkanlagen. Es geht um die Position 1330.05501 Skaterpark und dann noch die Gegenposition 1330.5669, das sind die Beiträge Dritter. (Fr. 330'000--, zweite

Position, Beiträge Dritter Fr. 20'000.--.)

Die FGK hat bemerkt, dass die Eigenmittel, also diese Fr. 20'000-- ohne weitere Begründung vom letzten Jahr von Fr. 40'000-- auf Fr. 20'000-- reduziert wurden. Damit war für uns belegt, dass der ursprünglich zugesicherte Betrag offensichtlich nicht erbracht werden kann. Das wurde uns letztes Jahr zugesichert. Dieses Jahr dann eben stillschweigend um die Hälfte reduziert. Im Weiteren, das können sie auch im Kommentar nachlesen, ist die FGK zum Schluss gekommen, dass in Romanshorn und St. Gallen gut ausgebaute Anlagen zur Verfügung stehen. Man hat sich daher die Frage gestellt, ob es nicht möglich ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu diesen Anlagen zu gelangen. Es stellt sich im Übrigen der FGK die Frage, ob es nicht bessere Standorte als den bisher vorgesehenen gibt.

Bernhard Bertelmann, SP und Gewerkschaften: Ich versuche nun, mindestens nicht rechts zu überholen sondern links und das Parlament an die Verkehrsregeln, also an die Regeln des Parlaments zu erinnern. Wir sind bei dieser Position gleich weit, wie wir es vor einem Jahr gewesen sind, ausser dass der Nettoaufwand gemäss Voranschlag nochmals gestiegen ist und zwar auf einen Nettobetrag von Fr. 310'000.-- Beträge von über Fr. 300'000.-- fallen gemäss Gemeindeordnung in die Entscheidungskompetenz des Parlaments

Wie hoch die Eigenmittel des Vereins Skaterpark sein werden, bzw. wie hoch die Beiträge von der Totogesellschaft sind, ist noch nicht ganz geklärt, soviel ich weiß. Weiterhin sind viele der Meinung, dass der Standort ungünstig ist und es doch bessere geben müsste.

Vom Verein Skaterpark sind wir vor etwa 10 Tagen informiert worden, dass ein Projektplan seit 2009 vorliegt, von dem ich bis dahin keine Kenntnis hatte. Ich persönlich habe heute kurz vor der Sitzung zum ersten Mal das Modell gesehen und ich gehe davon aus, dass es anderen Parlamentarierinnen und Parlamentariern genau gleich gegangen ist wie mir.

Wir können nun sagen, der Verein hätte halt informieren müssen. Das Parlament lässt sich aber nicht von Privatpersonen oder Vereinen informieren sondern debattiert im Parlament, im Normalfall auf Grundlage einer Botschaft. Eine Botschaft kommt meistens via Stadtrat in das Parlament (so habe ich es jedenfalls an der Neuzügertagung vor einem Jahr erklärt).

Ich glaube, wir sind es den Jugendlichen und Eltern schuldig, dass wir Entscheide auf seriöser Grundlage fällen. Bei einer Vorlage von über Fr. 300'000.-- sollte der Stadtrat dem Parlament eine Botschaft vorlegen und wir können dann wenn nötig mit einer Kommission den Sachverhalt klären.

Dies gibt uns dann auch die Gelegenheit, den Standort zu überprüfen. Stadtrat Reto Stäheli hat mir gesagt, dass es im Zusammenhang mit dem Bau der NLK allenfalls neue Möglichkeiten gäbe.

Wir sind es nicht nur den Jugendlichen und Eltern schuldig, wir sind als Parlamentsmitglieder auch verpflichtet, Geschäfte seriös zu prüfen und korrekt abzuwickeln.

Ich stelle daher den Antrag, die Position gemäss Botschaft Stadtrat im Voranschlag zu belassen und gleichzeitig möchte ich den Stadtrat beauftragen eine Botschaft zu diesem Geschäft zu erstellen. Das Parlament hat auf diese Weise die Möglichkeit, das Geschäft zu beraten und einen überlegten und transparenten Entscheid zu fällen.

Stadtammann Martin Klöti: Ich darf sie namens des Stadtrates wie folgt informieren. Nach der positiven Abstimmung zur NLK konkretisiert sich nun die Entwicklung des SaurerWerks 2. OC Oerlikon setzt einen Arealentwickler ein, der hier vor Ort sein wird. Es ist ein Gespann von zwei Personen, einer ist im Mandatsverhältnis und nicht vor Ort und der andere Herr wird hier vor Ort arbeiten. Der Erschliessungsvertrag, der Gültige, wird nun Schritt für Schritt umgesetzt. Die Stadt erhält in diesem Prozess grössere Flächen zur öffentlichen Nutzung. Wir sind zuversichtlich, einen geeigneten Standort zu finden. Nach ersten Einschätzungen dürfte der finanzielle Aufwand dadurch verringert werden können.

Warum ist keine noch keine Botschaft ins Parlament gekommen? Wir haben uns tatsächlich etwas festgebissen mit diesem Standort. Der Standort war umstritten, einerseits durch die Nachbarschaft zu anderen Sportclubs und andererseits durch die Topographie, welche bedingte, dass man zuerst Meliorationsarbeiten, Kanalisations- Entwässerungsarbeiten erstellen müsste. Ebenso müssten die Beachfelder auch gelegentlich saniert werden in der Entwässerung. Man hätte den Damm zu den Parkplätzen für den Bau durchbrechen müssen, das sind alles Kosten, die auf die eigentlichen Kosten des Skaterparks hinzugekommen wären. Der Standort hatte so also seine Tücken. Sie haben ein Modell gesehen an diesem Standort und ich möchte die Vertreter dieses Projekts nicht allzu sehr vor den Kopf stossen, aber es soll erlaubt sein, Alternativen zu prüfen.

Der Stadtrat hat damit, den umstrittenen Standort jetzt, gestern fallen lassen und wir werden ein Kostendach bestimmen. Ob dieses nun bei Fr. 299'999.-- liegen wird oder bei Fr. 301'000.--, das müssen wir noch beraten. Wir möchten aber selbstverständlich einen transparenten Prozess. Der Verein sammelt Geld, ich konnte heute auch Fr. 80.-- abliefern, vom Stand der ARWA kamen spontan Spenden zusammen. Ich habe sie wieder abgeliefert und bin zuversichtlich, dass der Verein das Geld zusammen bringen wird, die Fr. 20'000.--, Fr. 30'000-- dürften vom Sporttoto zu erwarten sein, damit würde uns dieser Skaterpark Fr. 250'000-- netto zu stehen kommen. Wir beantragen, diese Position zu verändern auf Brutto Fr. 300'000.-- und auf Fr. 50'000.--, die wir generieren werden durch Sporttoto und Sponsoring. Dies der Gegenantrag des Stadtrates.

Werner Keller, FDP/DKL: Alle Jahre wieder! Nein Spass beiseite. Nachdem ich mit den Verantwortlichen vom Verein Skaterpark gesprochen habe, bin ich überzeugt dass das Anliegen einer solchen Anlage durchaus für Arbon ein Thema sein könnte. In der Finanzkommission war die Mehrheit für eine weitere Rückstellung, weil uns die nötigen Unterlagen sowie ein Konzept fehlten, das heisst, wir sind nicht bereit für einen Schnell- oder eben Hüftschuss. Ich weiss, dass die beiden Vorstandsmitglieder Jürg Schmid und Ralph Kugler vom Skaterverein mit dem von Bernhard Bertelmann gestellten Antrag zufrieden sind und sie spüren dürfen, dass ihr Anliegen nicht vom Tisch ist.

Auch wir von der FDP/DKL Fraktion unterstützen diesen Antrag von Bernhard Bertelmann.

Konrad Brühwiler, SVP: Für die SVP ist klar, dass wir am Streichungsantrag der FGK festhalten. Wir sind nicht bereit, heute Abend die Katze im Sack zu kaufen. Wir sind mit dem Standort nicht einverstanden, da zeigen sich bessere Möglichkeiten ab und da brauchen wir Zeit dazu. Wir sind mit der Finanzierung nicht einverstanden. Zudem, der Antrag von Bernhard Bertelmann, der ist so gar nicht handelbar. Er beissst sich und kann nicht unterstützt werden. Du kannst nicht heute Abend Geld sprechen und eine Botschaft ins Parlament bestellen, über was bestimmen wir dann noch? Was sollen wir noch mit dieser Botschaft behandeln, wenn das Geld schon gesprochen ist.

Nun noch die Standortfrage, die soll geklärt werden über ein Jahr. Ich bin auch für diese Skateranlage und meine Kollegen und Kolleginnen sind auch für eine Skateranlage, aber bitte seriös in einem Jahr mit einem neuen Standort und einer neuen Finanzierung.

Bernhard Bertelmann, SP und Genossenschaft: Lieber Konrad, insoweit bin ich mit dir einverstanden, dass wir meinen Antrag insofern abändern könnten, dass wir das Geld auf nächstes Jahr verschieben und nächstes Jahr eine Botschaft bekommen, so wie es vorgesehen ist. Das wäre auch mein ursprünglicher Antrag gewesen. Ich habe ihn ganz kurzfristig abgeändert, was nie gut ist. Daher werde ich den Antrag nochmals ganz sorgfältig aufschreiben zuhanden der Präsidentin.

Silke Sutter Heer, FGK: Das ist nicht ganz richtig, was von Konrad Brühwiler gesagt wurde. Wenn wir etwas ins Budget nehmen, dann bestimmen wir noch nicht definitiv darüber, wir budgetieren das und die Instanz Volk, Parlament oder Stadtrat, welche die Kompetenz zukommt, über diesen Betrag zu bestimmen, entscheidet dann, ob dieses Projekt tatsächlich umgesetzt wird oder nicht. Wir budgetieren immer wieder Sachen, das Friedhofgärtnerhaus war so ein Beispiel, und danach gibt es Volksabstimmungen darüber, damit ist das Geld längst nicht gesprochen, sondern die zuständige kompetente Instanz hat darüber zu befinden. Das ist schlicht und einfach falsch, was behauptet wurde und ich möchte hier anhängen, es ist das erste Mal, dass zuguterletzt und in eigener Sache

die Feuerwehr im Ernstfall rettet, hält, löscht und schützt. Bitte wenn man solche Zitate verwendet, sollte man sich bei Leuten erkundigen, die das seit Jahren machen. Das ist kein Brandschutz, das ist ein Ernstfall, das ist, wenn die Hütte brennt und wenn die Leute davorstehen. Ich muss wirklich sagen, es ärgert mich, als alte Feuerwehrfrau, die seit 16 Jahren nach diesem Gebot lebt, wenn man solche Zitate, die einen Sinn haben, die Leute schützen sollen, derart verquer in die Welt setzt und solche Zitate, die tatsächlich Leben retten können, einfach mehrfach zitiert und falsch zitiert. Gleich ist es jetzt mit diesem Antrag betreffend diesem Rückstehen. Wir müssen diese Position nicht zurückstehen, weil wir darüber entscheiden. Das ist grundlegend falsch.

Elisabeth Tobler, SVP: Es ist schon eigenartig. Die FGK nimmt das aus dem Budget heraus, macht einen Streichungsantrag und sobald das nachher bekannt wird, werden links und rechts Fäden gezogen, es wird nochmals darüber diskutiert und schlussendlich kommt man dann doch zum Schluss, aha, es könnte am Standort liegen. Also wird man gescheiter und streicht einfach den Standort und man macht dann eine andere Botschaft, dann wird es noch günstiger.

Das alles täuscht nicht darüber hinweg, dass wir früher einmal gesagt haben, es gibt must-Positionen und nice to have Positionen und das ist nun wirklich eine nice to have Position. Ich frage mich, wir haben überall die grossen Brocken drin, da heisst es immer, das muss man, das muss sein, die Sozialhilfe muss sein, das Pflegheim muss sein, die NLK muss sein, das ist etwas, das nicht sein muss. Man kann ohne weiteres in den sehr schnellen Turbo steigen, in Romanshorn hat es eine intakte Skateranlage, direkt in der Nähe vom Bahnhof. Ich sehe das einfach nicht ein, es sind vielleicht 40-50 Jugendliche, das ist im Moment der Trend, diese Skateranlage, dann wächst das wieder aus, das hatten wir bereits einmal an verschiedenen Standorten, solche Bahnen für Skatersprünge. Sie wurden dann am Anfang heftig benutzt und nach kurzer Zeit waren die nicht mehr interessant und dann war es wieder vorbei für einige Jahre. Jetzt ist es wieder neu aufgeflammt und ich finde es einfach wahnsinnig, wenn wir bei diesen Positionen, die wir jetzt überall haben, die wirklich das Budget belasten, eine nice to have Position einfach einfügen. Ich beantrage ihnen deshalb, die Streichung der Position zu belassen und allenfalls eine Botschaft im nächsten Jahr zu bringen, die wohl vorbereitet ist und dann vielleicht sogar untermauert ist mit den Spendengeldern, die man bis dann gesammelt hat.

Rita Anderes, CVP/EVP: Auch ich möchte mich noch kurz dazu äussern. Es ist mir wirklich ein Anliegen. Ich denke die Mehrheit der CVP/EVP Fraktion kann diesem Projekt zugunsten der Jugendlichen so zustimmen. Ich finde es jedoch nicht ganz in Ordnung, dass sich die Mitglieder und der Vorstand des Skateparkvereins ein Jahr lang kaum bewegt haben.

Bei einem solchen Projekt ist Eigeninitiative eines Vereins gefordert, da reichen 2 – 3 Anlässe, die noch von der Kinder und Jugendarbeit aufgeleist wurden, leider nicht.

Sie sind sicher davon ausgegangen, dass die vom Stadtrat letztes Jahr versprochene Aussage auf Verschiebung des Projekts um ein Jahr einfach so umgesetzt wird. Hätten sie sich aber seit der letzten Budgetversammlung selber um andere Möglichkeiten bemüht, Finanzen, Standorte und das auch kommuniziert, müssten wir nicht wieder so lange darüber debattieren.

Martin Klöti, deine Nachbarschaft zu anderen Sportclubs: Der VBC Arbon, sprich die Beachanlage, die würde sich nicht beissen. Nicht der Sport würde sich beissen, sondern der Standort als solches, weil ganz klar ein riesiger Einschnitt in die Natur hier unten erfolgen würde. Ich denke, es würde ein Betriebskonzept erarbeitet, wie wir es haben, das sind ganz viele verschiedene Punkte, bei Nichteinhaltung dieser Vorschriften müsste innerhalb eines Jahres eine Renaturierung gemacht werden. Wenn wir all die Veränderungen, die hier unten anstehen würden, gemacht hätten, dann wäre das eine Katastrophe.

Darum trotz allem, ich unterstütze wirklich dieses Projekt, ich finde es in Ordnung. Mit dem Vorschlag von Bernhard Bertelmann kann ich leben und ich denke, dass wir diesen unterstützen werden.

Stadtammann Martin Klöti: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Es ist ganz sicher nicht unproblematisch, diese Nachbarschaft, aber die anderen Argumente zählen bestimmt

auch. Ich möchte auch nicht, dass wir den schwarzen Peter herum schieben, sondern ich möchte, dass wir zu Lösungen schreiten. Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen. Wenn wir, wie Silke Sutter Heer erhellend und intelligent dargelegt hat, dass wir diese Fr. 300'000-- heute ins Budget aufnehmen könnten, dann möchte ich dabei bleiben: Fr. 300'000-- ins Budget aufnehmen, wissend, dass Fr. 20'000-- gesammelt werden können, Fr. 30'000-- vom Sporttoto eingehen könnten, dann schicken wir die Leute auf die Piste, damit wir zeitgerecht eine Botschaft miteinander beraten können.

Ich möchte sie aufrufen, hier den Kurs, den wir eingeschlagen haben, im letzten Jahr um ein Jahr zu verschieben, einhalten und solche Versprechen gegenüber der jungen Generation einhalten werden. Ich danke ihnen für ihr Wort.

Silke Sutter Heer, FGK: Wenn ich das Anliegen richtig verstanden habe, ist es eben Bernhard Bertelmann darum gegangen, dass es dann ins Parlament kommt, wenn es Fr. 310'000.-- sind, dann hat der Stadtrat genau bis zu Fr. 300'000.-- die eigene Kompetenz, darüber zu entscheiden. Mir ist nicht ganz klar, wie diese Fr. 250'000.-- und Fr. 300'000.-- nun zu Stande kommen, weshalb dieser Betrag reduziert worden ist. Vorher die Fr. 300'000.-- hätten in jedem Fall vom Stadtparlament, egal ob nächstes oder übernächstes Jahr entschieden werden müssen. Das Projekt wäre in dieses Parlament gekommen. Bei Fr. 300'000.-- wäre das nicht der Fall auf Grund unserer Kompetenzregelung und daher, wenn man diese zwei Einträge übereinander bringen wollte, müsste wohl bei einem Budgetbetrag von Fr. 300'000.-- zumindest die Zustimmung des Stadtrates da sein, dass dieser Betrag, dieses Projekt in jedem Fall ins Parlament kommt. Weil sonst hat das Parlament nicht mehr darüber zu entscheiden.

Stadtammann Martin Klöti: Wenn es dem Parlament ein Anliegen ist, über diese Vorlage zu beraten, dann können wir es auch mit Fr. 300'000.-- ins Parlament bringen, das ist nicht vom Betrag abhängig. Natürlich ginge es schneller, wenn der Stadtrat entscheiden könnte, aber wir können auch den Weg gehen und sie können alle hier mit dabei sein und könnten alle aufstehen, wenn sie dann ein Projekt unterstützen können, welches ihnen vom Stadtrat mit einer Botschaft vorgelegt wird. Auf diesen Moment darf ich mich freuen.

Bernhard Bertelmann, SP und Gewerkschaften: So bin ich zufrieden und nehme meinen Antrag zurück.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben zwei Anträge: Konto 1330. 5 501 und Konto 1330 5 669 der FGK und wir haben den Antrag des Stadtrates, der jetzt etwas abgeändert ist mit den Zahlen, statt Fr. 330'000.-- ist es neu Fr. 300'000.-- und statt minus Fr. 20'000.-- neu minus Fr. 50'000.--.

Max Gimmel, FDP/DKI: Ich brauche jetzt noch die Erklärung vom Stadtammann, kommt jetzt die Botschaft ins Parlament definitiv oder nicht?

Stadtammann Martin Klöti: Der Stadtrat hat soweit zugestimmt, dass er die Erwartungshaltung des Parlaments wahrnimmt und wir werden mit der Botschaft ins Parlament kommen. Ich habe Ihnen auch gesagt, dass ich mich freue, wenn sie sich erheben, um dieser Botschaft zuzustimmen, das war ein erstes Signal.

://: **Der Antrag des Stadtrates obsiegt mit den korrigierten Zahlen und der Zusicherung, dass die Botschaft ins Parlament kommt, mit 20 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung.**

Konrad Brühwiler, SVP: 1341 15 503 Schwimmbad Garderobengebäude: Bei den Vorbereitungen auf dieses Budget bin ich auf diese Position gestossen. Möglich, dass diese Position in der FGK beraten wurde, als ich berufshalber fehlte. Aktualität erhielt diese Position aber aufgrund von Zeitungsberichten der letzten Woche. Es war zu lesen: Amriswil kann sich zurzeit ein Hallenbad nicht leisten und das Hallenbad Blumenwies in St. Gallen bekommt höchstwahrscheinlich ein 50 Meter Sportbecken. Die erste Nachricht verlieh einer Traglufthalle in Arbon neues Leben. Die zweite Nachricht bedeutet aber ziemlich sicher den Todesstoss für dieses Vorhaben.

Es gibt in Arbon eine Genossenschaft, die setzt sich seit Jahren für das Schwimmen im Schwimmbad Arbon ein. Seit Jahren moniert diese Genossenschaft, dass die Garderoben im Schwimmbad an einem ungünstigen Ort stehen. Diese Genossenschaft hat ein grosses Interesse, bevor jetzt wieder Geld in diese Garderoben investiert werden, über eine Verlegung von Garderobenstandorten zu sprechen. Die Genossenschaft wäre auch durchaus bereit, in Verhandlungen über mögliche Geldzuschüsse zu treten, deshalb mein Antrag: Die Investitionen von Fr. 170'000.-- sind zu streichen.

Stadtrat Reto Stäheli: Es geht hier um Unterhaltsarbeiten, die Holzfassaden müssen bearbeitet werden, sprich neu gestrichen werden, das ist der grosse Teil. Wir wissen in Arbon ist bei den Liegenschaften seit geraumer Zeit nichts gemacht worden. Wenn wir diese Holzfassade nicht machen und wir machen nicht das Ganze nicht als ein nice to have, wie es heute schon angetönt wurde, sondern wir müssen diesen Unterhalt machen, weil wir faules Holz haben, die Stirnkanten sind nicht mehr sauber, die Westseite ist nicht gut und wir haben es abgeklärt. Zusätzlich sind noch die Kabinen, die unterhalten werden müssen und diese Fr. 170'000.-- sind für das vorgesehen. Ich bitte sie, lassen sie das drin, ob der Standort dort richtig ist bezüglich eines Hallenbades, will ich heute hier nicht diskutieren. Wir brauchen diese Garderoben, auch wenn wir eine Traglufthalle haben, irgendwann in Zukunft.

://: Der Antrag des Stadtrates obsiegt mit 21 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

14 Gesundheit: Keine Bemerkungen

16 Verkehr:

Silke Sutter Heer, FGK: 1621 7 501 und 1621 7 650, es geht um dieses Eingangsportal Tempozone 30, das haben wir abgeklärt. Es ist auch möglich, diese Fr. 50'000.-- sollen eine Gegenposition erhalten + Fr. 50'000.--, weil dieses Geld aus der Spezialfinanzierung entnommen werden soll.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Da keine Wortmeldungen sind, gilt dieser Antrag als unbestritten.

Silke Sutter Heer, FGK: 1625 55 501 Umgestaltung Eichenstrasse: Diese Fr. 80'000.-- sollen eingesetzt werden, damit ein Trottoir gebaut werden kann. Es ist geplant, dass später eine Tempozone 30 dort eingeführt wird. Diese Strassenbreite soll durch dieses Trottoir verengert werden und als Vorbereitung auf die Tempozone 30 dienen. Die FGK ist zum Schluss gekommen, dass es mit einer geeigneten Parkplatzordnung ebenfalls herbeigeführt werden könnte. Zudem haben FGK-Mitglieder, die dort gewohnt oder in der Parallelstrasse, haben die Ansicht vertreten, dass diese Strasse schon heute ruhig ist, dass es sich um eine ruhige Quartierstrasse handelt, auf der Kinder spielen, auf der Anwohner spazieren und dass ein Trottoir nach Ansicht der FGK nicht notwendig erscheint.

Stadtrat Reto Stäheli: In den vergangenen Jahrzehnten wurde der Strassenunterhalt in Arbon stark vernachlässigt. Zudem wurden in vielen Strassen Dimensionen beim Koffer- und Belagsaufbau gewählt, die nicht der Frostsicherheit genügen. Daher weisen verschiedene Gemeindestrassen in Arbon ein ausgeprägtes Schadenbild auf.

In Arbon stehen jährlich verschiedene Projekte zur Sanierung von Werkleitungen (Gas, Wasser, Kanalisation, Elektroleitungen, Kabelnetze, Telekommunikation) an. Diese Leitungssanierungen haben zur Folge, dass grosse Bereiche von Strassen aufgerissen werden müssen. In diesem Zusammenhang prüft die Abteilung Bau (Tiefbau und Stadtplanung) ob im Zuge der Leitungssanierungen auch Verbesserungen im Strassenbau (Werterhaltung / -erneuerung) und in der Verkehrsplanung (Verkehrsberuhigung in Wohnquartieren, künftige Tempo-30-Zonen) vorgenommen werden sollen. Es zeigt sich, dass eine Kombination von baulichen Erneuerungen an Werkleitungen und der Strassenoberfläche inkl. Massnahmen zur Verkehrsberuhigung wesentliche Kosteneinsparungen über die gesamte Lebensdauer eines Strassenbauwerks ergeben. Diese Planungsmethoden werden in verschiedenen Städten zur Werterhaltung der Strasseninfrastruktur

schon lange angewendet. Im Sinne eines effizienten Einsatzes der Finanzmittel macht diese Methode Sinn.

Gemäss der oben skizzierten Methode wurde auch die Sanierung der Eichenstrasse geplant. Auslöser für die baulichen Massnahmen ist die Erneuerung von Werkleitungen (Wasser, Gas, Elektroleitungen, Kanalisation).

Die Dimensionen von Koffer- und Belagsaufbau sind in der Eichenstrasse ungenügend (Frosttiefen sind nicht eingehalten). Um die Strasse für eine lange Nutzungsdauer in Stand zu stellen, wurde auf Empfehlung der Abteilung Bau und externer Fachingenieure vom Stadtrat entschieden, den gesamten Aufbau der Strasse zu erneuern. Die Fahrbahnbreite der Eichenstrasse beträgt 6.50m. Für eine einfache Erschliessungsstrasse ist diese Fahrbahnbreite zu breit. Ein Trottoir fehlt. Fussgängerinnen und Fussgänger sind gezwungen auf der Fahrbahn zu gehen, was für Schulkinder und ältere Personen (teilweise mit Rollstuhln) sehr unangenehm ist. Damit für den Fussverkehr auf öffentlichem Grund ein sicherer Gehbereich zur Verfügung gestellt werden kann, wird die Strasse mit einem Trottoir, welche ein horizontaler Versatz von 3 cm aufweist, ausgestattet.

Neu ist der Strassenraum der Eichenstrasse in eine Fahrbahn von 5.00m Breite und einem Trottoir von 1.50m Breite gegliedert. Mit dieser Gliederung der Strasse kann ein Strassenraum geschaffen werden, der sowohl als Tempo 50-Strasse betrieben als auch zu einem späteren Zeitpunkt einer Tempo-30-Zone zugeordnet werden kann. Einer Tempo-30-Zone können nur Strassen zugeordnet werden, bei denen garantiert werden kann, dass die maximale Geschwindigkeit eingehalten wird. Dies ist bei einer Fahrbahnbreite von 6.50m nicht möglich.

Der errechnete Kostenvoranschlag für die komplette Fahrbahnerneuerung samt Trottoir und Ingenieurleistungen beträgt Fr. 800'000.--, wie im Budget. Die Baukostenanteil für die Erstellung des Trottoirs belaufen sich auf ca. Fr. 80'000.--. Mit diesen verhältnismässig geringen Mehrkosten kann ein Plus an Verkehrssicherheit geschaffen und alle Planungsoptionen bezüglich Verkehrsregime erhalten werden.

Ich bitte das Parlament, nach den ausführlichen Erläuterungen, nicht dem Antrag der FGK zu folgen, sondern den ursprünglichen Budgetposten so zu belassen wie der Stadtrat dies vorgeschlagen und geplant hat nämlich, total Fr. 800'000.-- / Anteil im 2011 Fr. 630'000.-- zu belassen..

Werner Keller, FDK/DKL: Sie haben soeben die Argumentation von Stadtrat Reto Stäheli gehört. Ich möchte kurz ausholen, warum es in der FGK zur Streichung von Fr. 80'000.-- für das Trottoir gekommen ist.

Von verschiedenen Anwohnern der Eichenstrasse wurde mir das Problem der Sanierung und Ausbau der Strasse erläutert. Begründungen: Weniger Parkplätze, Trottoir nicht nötig, Einfahrt mit LKW schlechter, man soll die Fr. 80'000.-- sparen, es sei schon jetzt keine Raserstrecke, das waren die hauptsächlichsten Argumente

Nachdem ich diese Argumente der Finanzkommission unterbreitete, war es ein leichtes, die ganze Kommission auf die Sparerseite zu bringen. Dieser Antrag zur Streichung des Trottoirs liegt uns nun vor. Anlässlich einer weiteren FGK-Sitzung hat die Abteilung Bau mit Stadtrat Reto Stäheli und Abteilungsleiter Bau Remo Tambini uns über die neue Strategie über Unterhalt und nachhaltige Investitionen aufgeklärt. Nicht ganz so ausführlich, wie wir es jetzt von Reto Stäheli gehört haben.

Für mich war nach diesen eindrücklichen Informationen klar, dass sich in der Abteilung Bau einiges geändert und bewegt hat und habe mich nochmals mit den Anwohnern der Eichenstrasse unterhalten. Danach habe ich für die interessierten Anwohner einen Termin mit den Verantwortlichen im Stadthaus organisiert. Die vier Anwohner wurden am 23. November 2010 im Stadthaus empfangen und sind über diese Investition sehr ausführlich orientiert worden.

Fazit: Die beteiligten Anwohner der Eichenstrasse waren beeindruckt vom Vorgehen und von der Fachkompetenz im Stadthaus. Sie können nun den Argumenten der Abteilung Bau folgen, denn es handelt sich um eine nachhaltige Investition in die Zukunft.

Nun stelle ich im Namen der FDP/DKL Fraktion folgenden Antrag: Pos. 16255 5 501 Umgestaltung Eichenstrasse Fr. 80'000.-- sind wieder in das Budget 2011 aufzunehmen.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Ich habe eine Verständnisfrage. Es ist mir klar, wenn der Strassenkörper schon aufgerissen wird, dass da dann der Belag auch irgendwie neu gemacht wird. Das macht ganz sicher Sinn und damit noch eine Neugestaltung, eine Verbesserung dieser Oberfläche. Ich habe zwei Dinge gehört. Erstmal, die Strasse soll später zur 30Tempozone gemacht werden und jetzt gleich soll ein Trottoir gebaut werden. Ich finde eine Zone 30 sehr gut und das würde sicher den Anwohnenden auch dienen, aber dazu braucht es eigentlich kein Trottoir. Ich stelle mir eine Quartierstrasse in der Zone 30 eigentlich ganz anders vor als mit einem Trottoir. Da kann ja sehr viel gestaltet werden, da können ja irgendwelche Versätze reinkommen. Es kann ein wenig wie ein Vorraum für diese Häuser gestaltet werden, ein Spielraum für Kinder je nach dem auch. Da frage ich mich, wozu jetzt zuerst das Trottoir und später dann die Zone 30, die dann möglicherweise nochmals bauliche Veränderung braucht.

Elisabeth Tobler, SVP: Es ist interessant, auch hier wieder an dieser Position, die FGK macht eine Streichung und dann wird gewirbelt und gemacht, damit man das durchdrücken kann, was man ursprünglich mal im Budget hatte. Für mich ist es auch sehr fragwürdig, da steht: Umgestaltung Eichenstrasse. Offensichtlich wurden die Anwohner überhaupt nicht informiert, was gemacht werden wird, was beabsichtigt ist, das gehört doch eigentlich an den Anfang. Wenn man schon eine Strasse saniert und wenn man eine Verbesserung herbeiführen möchte, dann muss man ja zuerst wissen, ob das die Anwohner auch wirklich wollen. Man kann doch nicht ständig über die Anwohner hinweggehen und einfach etwas planen und am Schluss findet das Parlament, nein, eigentlich ist das nicht unbedingt nötig, noch einen Wirbel veranstalten, vier Anwohner auf die Bauverwaltung lotsen und sagen, so schaut euch das mal an. Was ist mit den restlichen Anwohnern? Warum werden die vorher nicht miteinbezogen und warum werden die nicht vorher in einem ordentlichen Weg, in einer guten Art zuerst informiert. Erst nachher gehört es ins Budget und nicht so, ich finde es einfach daneben.

Roland Schöni, SVP: Ich habe eine Frage an Reto Stäheli. Gibt es zwei Trottoirs, links und rechts oder was ist da geplant?

Stadtrat Reto Stäheli: Es ist ein Trottoir geplant auf der Südseite. Es wird genau gleich aussehen, wie die Brühlstrasse und wir haben oben noch die Seilerstrasse, die auch in einem sehr schlechten Zustand ist. Sie ist im Bauprogramm enthalten und wenn alle Strassen auf einem technischen Stand sind, können wir das ganze Geviert südlich der Rebenhaldenstrasse auf eine Tempo-30-Zone nehmen. Wir können nicht punktuell Strassen herausnehmen, sondern wir bereiten das vor. Wenn wir einen solchen Strassenzug jetzt neu gestalten, sprich neu bauen, wollen wir nachher kein Geld mehr in die Finger nehmen, um da noch teure, zusätzliche Investitionen zu machen, damit die Tempo 30-Zone auch kontrolliert werden kann. Arbon hat heute sehr viele Tempo-30-Zonen, die nicht kontrolliert werden können durch die Kantonspolizei.

Roland Schöni, SVP: Grundsätzlich bin ich auch dafür und folge dem Antrag der FGK, dass es kein Trottoir braucht. Es ist eine schmale Strasse, wenig befahren und natürlich ist es wünschenswert, wenn man überall Trottoirs macht. Das Beste wäre, wenn man beidseitig ein Trottoir machen könnte, dann würde es Sinn machen und zum andern möchte ich sagen, ich bin erstaunt, dass sich die FGK hier bei ihren Anträgen selber aus dem Spiel nimmt. Sie stellt vernünftige Anträge und torpediert diese selber. Bis anhin habe ich eigentlich immer die Anträge der FGK um Streichungen oder andere unterstützt. Langsam fange ich an zu zweifeln, wenn sie selber ihre eigenen Anträge torpediert, dies nur als Anmerkung. Grundsätzlich muss ich sagen, Streichung dieser Fr. 80'000.-- es braucht kein Trottoir. Es sind andere Massnahmen anzubringen und es kann gut eine 30er Zone gemacht werden.

Riquet Heller, FDP/DKL: Ich möchte sie darauf aufmerksam machen, dass der Gesetzgeber

zweierlei Zonen vorsieht, wo besondere Verkehrsverhältnisse herrschen sollen. Was Erica Willi-Castelberg vorschwebt, ist eine Begegnungszone, dort sind sogar Trottoirs verboten und es herrscht kein Rechtsverkehr und die Geschwindigkeit ist zu senken und der Fussgänger hat prinzipiell Vortritt. In einer 30-Tempo-Zone sind Trottoirs erwünscht, ob sie beidseitig sein müssen oder einseitig, lasse ich offen, ich meine, einseitig reiche.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir kommen zur Abstimmung. Es gibt einen Antrag der FGK und einen Antrag des Stadtrates.

://: **Der Antrag der FGK obsiegt mit 16 zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen.**

17 Umwelt und Raumordnung Keine Bemerkungen

Grafiken zum Finanzplan Keine Bemerkungen

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir sind am Schluss angekommen und ich frage sie an: Will noch jemand einen Rückommensantrag stellen?

Bis die überarbeiteten Zahlen vorliegen, beantrage ich eine 15-minütige Pause um dann in die Diskussion und den Beschluss um die zukünftige Höhe des Steuerfuss einzusetzen. Die Sitzung ist bis 20.53 Uhr unterbrochen.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Sie haben die Zahlen vor sich liegen: Stand der Laufenden Rechnung, nach den Korrekturen, wäre das verabschiedete Defizit Parlament Fr. 881'190.--. Stand der Investitionsrechnung nach den Korrekturen Fr. 8'559'000.--.

Mit der Kenntnis dieser Zahlen kommen wir zur Verabschiedung der stadträtlichen Anträge, welche von der FGK mehrheitlich unterstützt werden.

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2011 sei bei 76 Prozent zu belassen.

://: **Der Antrag wird einstimmig angenommen**

2. Genehmigung des Voranschlages 2011 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 881'190.--.

://: **Der Antrag wird mit 24 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen**

3. Genehmigung des Investitionsplans 2011 mit Nettoinvestitionen von Fr. 8'559'000.--.

://: **Der Antrag wird mit 24 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen**

Voranschläge mit Steuerfuss unterliegen gemäss Art. 7 der Gemeindeordnung obligatorisch einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 13. Februar 2011 zur Genehmigung unterbreitet.

Damit ist der Voranschlag durchberaten. Ich danke Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli für ihre grosse Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete grosse Arbeit.

4. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für die Amtszeit 2007/2011 (CVP)

Wir haben den Rücktritt von einem Mitglied des Wahlbüros erhalten. Es ist dies Angelica Hofer für die CVP, sie tritt auf Ende Jahr 2010 zurück. Die CVP schlägt ihnen neu Philipp Hofer für die Wahl vor.

Gibt es andere Vorschläge? Wenn nicht, wird der Kandidat von Rita Anderes kurz vorgestellt.

Rita Anderes, CVP/EVP: Die CVP Arbon schlägt ihnen als Ersatz Philipp Hofer, wohnhaft an der St. Gallerstrasse 89 c in Arbon vor.

Philipp Hofer ist der Sohn von Angelica Hofer, geboren am 08.12.1989, studiert im 5. Semester Betriebswirtschaftslehre an der Uni St. Gallen und würde das Amt gerne als Mitglied des Wahlbüros der Stadt Arbon ab 01. Januar 2011 übernehmen.

Philipp Hofer ist jung, interessiert und zuverlässig. Darum bitte ich sie, ihm das Vertrauen zu geben und einstimmig zu wählen.

://: **Philipp Hofer Hofer wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für die verbleibende Amtszeit 2007/2011 gewählt.**

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich danke Angelica Hofer für die geleistete Arbeit und begrüsse Philipp Hofer ganz herzlich. Es freut nicht nur Rita Anderes, ich denke es freut uns alle, wenn junge Menschen nachrücken. So ein Amt ist manchmal der erste Schritt für weitere politische Engagements. Ich wünsche Philipp Hofer viel Freude in seinem Amt und innerhalb des Gremiums.

5. **Beantwortung Motion Roland Schöni, SVP betreffend „Verkehrs- und Parkplatzkonzept rund um das Schwimmbad Arbon“**
Diskussion, Beschlussfassung

Wir werden zuerst die Diskussion führen und später die Beschlussfassung.

Am 29. Juni 2010 ist eine Motion von Roland Schöni, SVP zusammen mit 24 Mitunterzeichneten zum Thema „Verkehrs- und Parkplatzkonzept rund um das Schwimmbad Arbon“ eingegangen. Der Stadtrat hat die Motion beantwortet und empfiehlt sie als erheblich zu erklären.

Wir werden gemäss Art. 44 des Geschäftsreglements zuerst über die Erheblichkeit der Motion beraten und anschliessend über die Zuweisung an eine Kommission oder den Stadtrat entscheiden.

Roland Schöni, SVP: Ich bin zufrieden mit der Antwort des Stadtrates und bedanke mich für das Interesse zur Lösung des Problems. Die aufgezeigten Massnahmen gehen in die richtige Richtung und obwohl das Problem schon vorher durch den Stadtrat erkannt wurde, hören wir jetzt aber von konkreten Lösungsvorschlägen. Ich begrüsse insbesondere die Sofortmassnahmen für nächsten Sommer mit einem Verkehrsdienst, welcher sich über die Parkierungsgebühr selber finanziert. Mit diesen Massnahmen wird vor allem auch der Suchverkehr verringert, was die Verhältnisse für Fussgänger und Velofahrer verbessert.

Was ich ein wenig vermisste, sind Alternativen für Parkplätze, die in der Umgebung liegen. Ich bitte euch, Kolleginnen und Kollegen, meine Motion als erheblich zu erklären. Natürlich wird es nicht alle Probleme lösen, die wir unten am See, vor allem an schönen Sommertagen, haben. Es ist dringend Bedarf dafür, diese Massnahmen, die vielleicht in irgendeiner Form angepasst werden müssen, zumal eine Gebührenerhebung nicht einfach sein wird. Aber ich vertraue auf den Stadtrat, dass er hier dieses Problem in den Griff bekommt. In diesem Sinne bitte ich um Erheblicherklärung meiner Motion.

://: **Die Motion von Roland Schöni, SVP betreffend „Verkehrs- und Parkplatzkonzept rund um das Schwimmbad Arbon“ wird mit 28 Stimmen bei 1 Enthaltung als erheblich erklärt.**

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir beraten nun über eine Überweisung an den Stadtrat oder um eine Kommissionsbildung.

://: **Die Überweisung der Motion an den Stadtrat wird einstimmig beschlossen.**
6. Beantwortung Motion von Max Gimmel, FDP/DKL betreffend „Schaffung eines

Projektinformations- und Überwachungssystems für die Stadtentwicklung Arbon“

Diskussion, Beschlussfassung

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Eine weitere Motion wurde ebenfalls am 29. Juni 2010 von Max Gimmel, FDP zusammen mit 25 Mitunterzeichnenden eingereicht. Der Stadtrat hat die Motion beantwortet und empfiehlt sie als erheblich zu erklären.

Wir werden wiederum über die Erheblichkeit der Motion beraten und anschliessend über die Zuweisung an eine Kommission oder den Stadtrat entscheiden.

Max Gimmel, FDP/DKL: Vorab bedanke ich mich beim Stadtrat für die wohlwollende Beurteilung der Motion und die Erkenntnis, dass das Anliegen von Bedeutung ist und für die Zukunft umgesetzt werden soll. Die Vorgehensweise für die Umsetzung des Anliegens entspricht zwar nicht der ursprünglichen Vorstellung dessen, was hinter der Motion steckt. Ich meine aber, dass der Stadtrat sehr wohl in der Lage ist, noch näher auf die Zielsetzung hinzuarbeiten.

Zur Ausgangslage, vielleicht aus der Sicht eines Auswärtigen. Wenn er sich für Arbon interessiert, dann geht er zunächst einmal auf die Homepage der Stadt Arbon. Nebst Schwimmbad, Hafen, Parkanlagen oder ähnlichen Bereichen interessiert er sich schnell einmal, wie entwickelt sich diese Stadt? Er klickt sich zuerst einmal durch die zahlreichen Rubriken hindurch, sieht dann unter der Rubrik Wirtschaft und Gewerbe das Thema Stadtentwicklung, dann noch zwei Klicks, bis er dann auf der Seite ist: Stadt im Aufbruch. Dort gelangt er dann zum Flyer der NLK. Daraus erkennen wir, wie es relativ schwierig es ist, die Entwicklung der Stadt abzusehen.

Wir wissen alle, es passiert sehr viel in Arbon, aber wir können es nicht überschauen. Stadtentwicklung ist ein zentrales Thema, das hat ja letztlich auch zur Stellung des Stadtplaners geführt. Unter der Rubrik Wirtschaft und Gewerbe kann aber die eigentliche Bedeutung der Stadtentwicklung nicht erkannt werden, da gilt es anzusetzen.

Arbon braucht in der jetzigen Situation primär ein Projektinformationssystem für die Einwohner, das einfach transportiert werden kann. Die Projektinformationen ihrerseits erlauben dann, den Verlauf der Projekte auf der Zeitachse darzustellen und zu überwachen. Nur so können wir abschätzen, ob wir mit der Dynamik, die entsteht, Schritt halten können. Ich bitte sie deshalb, die Motion als erheblich zu erklären, sodass wir dem Stadtrat den Auftrag erteilen können, an diesem wichtigen Anliegen weiterzuarbeiten.

Inge Abegglen, SP und Gewerkschaften: Schon seit Jahren wartet die FKG und das Parlament auf ein Informations- Kontroll- und Überwachungssystem für die laufenden und geplanten Bau- aber auch anderen Projekte der Stadt.

Ich mag mich gut erinnern, dass unser heutiger Stadtrat für das Ressort Bauen in seiner damaligen Funktion als FGK-Präsident das fehlende Projektmanagement scharf kritisierte.

Aus verschiedensten Gründen wurden wir immer wieder damit vertröstet, dass man jetzt dann daran gehe, das Controllingsystem aufzubauen. Dass nun nach Jahr und Tag diese Motion nötig wurde, ist halt darauf zurück zuführen, dass man zur Ansicht kam, nur noch ein parlamentarischer Druck könne Abhilfe schaffen.

So schlussfolgert der Stadtrat auch in seiner Antwort, dass für die wesentlichen Projekte der Stadt ein Controlling unabdingbar sei! Dies ist es ja, was die FGK und das Parlament schon seit Jahren fordern. Was bis jetzt aber fehlte, war die Umsetzung.

Auch legt der Stadtrat bereits eine Mustervorlage bei, und ich frage mich, was braucht es eigentlich noch mehr?

Wir können jetzt darüber diskutieren, ob wir die Vorlage als ausreichend betrachten, oder ob wir vielleicht noch ein paar Parameter hinzufügen wollen, oder ob wir die Zeitachse verlängern wollen, oder ob wir es grafisch lieber ein bisschen anders hätten.

Nun, wir sträuben uns, ich meine die SP und Gewerkschaften, sicher nicht gegen die Erheblicherklärung dieser Motion oder Bildung einer Kommission, aber ehrlich, was will sie wirklich? Doch nicht mehr, als endlich die Einführung und Umsetzung eines Projektübersichtsplanes für die Stadt Arbon.

Und bereits heute macht uns der Stadtrat in seiner Antwort auf die Motion die Zusage, dass er jeweils mit der Rechnung und dem Budget eine Übersicht über den Stand der laufenden und geplanten Projekte mitliefern wird.

Ich muss mich jedoch schon fragen, warum nach all den guten Nachrichten die Motion vom Stadtrat für erheblich erklärt wird, wo doch all ihre Anliegen bereits im Juni 2011 erfüllt seien. Traut sich der Stadtrat selber nicht?

Roman Buff, CVP/EVP: Unsere Fraktion CVP-EVP ist selbstverständlich auch für die Erheblicherklärung. Ich möchte euch einfach noch auf den Weg geben, man muss nicht alles selbst neu erfinden. Es gibt schon solche Instrumente und schauen wir einmal auf der Homepage von Frauenfeld nach, wo der Bürger, was Max Gimmel gesagt hat, den Projektstand und alles nachverfolgen kann. Es wäre gut, wenn man solche Sachen die es bereits gibt, evaluiert und dann anpasst auf Arbon.

://: **Die Motion von Max Gimmel FDP/DKL betreffend „Schaffung eines Projektinformations- und Überwachungssystems für die Stadtentwicklung Arbon“ wird einstimmig als erheblich erklärt.**

Max Gimmel, FDP/DKL: Wie entwickelt sich eigentlich Arbon? Das ist für mich die zentrale Frage, die zur Motion geführt hat und diese Frage gilt es meiner Meinung nach darzustellen. Für diese Frage gibt es zunächst einmal die verschiedenen Ziele, die uns bekannt sind: Das Legislaturziel des Stadtrates, der Richtplan und die Budgets. Die meisten dieser Ziele kann die Stadt nicht alleine erreichen, sondern zusammen mit Partnern, bei der NLK zum Beispiel mit dem Bund und den Kantonen, bei Sportstätten mit Schule und privaten Organisationen, beim Pflegeheim mit anderen Körperschaften. Daraus resultieren finanzielle Auswirkungen, nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Partner. Deshalb verlangt die Motion die Schaffung eines Projektinformationssystems, mit dem dann auch die Überwachung der Projekte erreicht werden kann.

Der Stadtrat hat in seiner Antwort eigentlich nur auf die Überwachung hingezieilt, nicht auf die Information. Auch in den drei Punkten der Schlussfolgerungen ist kein einziger Hinweis auf die Projektinformation. Im Sinne eines Controllings erhalten wir nur eine Übersicht auf laufende Projekte, die im Wesentlichen eine verfeinerte Darstellung der Investitionsplanung ist und wie wir sie jeweils im Budget erhalten, das genügt nicht als Überblick.

Wie Roman Buff bereits schon erwähnt hat, man muss das Rad wirklich nicht immer neu erfinden, auch wenn dem jeweils ein hoher Stellenwert zukommt. Ich möchte deshalb nochmals das Beispiel der Stadt Frauenfeld heranziehen und ein bisschen erläutern.

2004 hat der Stadtrat Frauenfeld ein Realisierungsprogramm Stadtentwicklung herausgegeben. Dieses Realisierungsprogramm ist ein sehr umfassendes und doch einfaches Koordinationssystem, das die bestehenden Grundlagenarbeiten und Zielvorstellungen in einen gesamtzeitlichen Rahmen stellt. Es ist ein Gemeinschaftswerk von Stadt, Region, Regionalplanungsgruppe, Schulgemeinden, Kanton und ÖV. Die Arbeit resultiert in zahlreichen Massnahmen und diese Massnahmen sind meiner Meinung nach das wichtigste Informationsinstrument. Jede einzelne Massnahme ist auf einem A4-Blatt dargestellt. Ich bitte um die Darstellung der Kopie einer solchen Darstellung, die ich mitgebracht habe. Beispiele solcher Massnahme liegen zur Zirkulation auf, falls gewünscht.

Die Massnahmen sind in den Erläuterungen wie folgt beschrieben: Massnahmenblätter sind so aufgebaut, dass auf einfache Art nachvollziehbar ist, wer was wann und wie machen soll. Wieviel die bezeichnete Massnahme allenfalls kosten darf und welche Bezüge und Abhängigkeiten zu anderen Projekten bestehen. Themen, die in diesen Massnahmenblättern zusammengefasst werden, sind beispielweise Ortsbus, Koordination Marketing der Stadt mit Region, Onlineberatung Sozialdienste, Umsetzung der Massnahmen gemäss GEB dem Trennsystem für Abwasser und Regenwasser, Wettbewerbsverfahren für öffentliche Bauten. Es sind also nicht nur, wie im Richtplan vorgestellt, Bauvorhaben, sondern allgemein Projekte. Sie sehen, dass es sich um sehr vielfältige Massnahmen handelt.

Die Stadt Arbon hat aber weder Finanzen noch Ressourcen um ein Realisierungsprogramm wie Frauenfeld auszuarbeiten und anzuwenden, dessen bin ich mir bewusst. Die Stadt Arbon hat aber sehr wohl die Möglichkeit, Teile davon bereits heute zu übernehmen, ohne wesentlichen Mehraufwand. Wenn die bestehenden Bausteine zusammengefügt und in der Zukunft zielgerichtet ergänzt werden, resultiert daraus ein ansehnliches Entwicklungsprogramm, das in ein, zwei Jahren prominent auf der Homepage einsehbar wird und klar aufzeigt, wohin die Reise führt und den Beweis für die Stadt im Umbruch liefert.

Dass die Stadt dies kann, hat sie ja eindrücklich beweisen mit der Entwicklung des Projektes NLK. Zusammengefasst muss ich die Antwort des Stadtrates auf meine Motion als zu einseitig finanziell lastig beurteilen. Sie ist zu stark auf die Investitionsplanung abgestützt, die uns eigentlich schon vorliegt. Die Ausarbeitung des Informationssystems geht mir zu wenig weit. Das finanzielle Controlling, das im Vordergrund steht, ist ohnehin die Aufgabe der Stadt und ich habe auch den Eindruck, dass dies bereits auch sehr gut funktioniert. Ich wünsche mir eine Zusammenfassung der Projekte in Anlehnung an die Massnahmenblätter der Stadt Frauenfeld. Diese Massnahmenblätter sollten auf der Homepage gezeigt werden. Die Möglichkeit der Einsicht des Richtplanes, dessen Lektüre ich wirklich jedem Parlamentarier sehr empfehlen kann, ist umständlich. Man könnte sich sogar überlegen, ob die einzelnen Objektblätter des Richtplanes einmal ins Internet gestellt werden sollten.

Art. 44 Abs. 4 unseres Geschäftsreglements sagt: Wird die Motion erheblich erklärt, entscheidet das Parlament ob das Geschäft zur Antragsstellung einer Kommission oder dem Stadtrat überwiesen werden soll. Ich vertrete die Ansicht, dass sich der Stadtrat die Führungs- und Informationsinstrumente selbst ausarbeiten soll und stelle deshalb den Antrag, das Geschäft zur definitiven Ausarbeitung dem Stadtrat zu übertragen. Ich verbinde diesen Antrag mit dem Wunsch, der Stadtrat möge sich der noch fehlenden Informationstools bitte annehmen.

://: Die Überweisung der Motion zur Bearbeitung an den Stadtrat, wird einstimmig beschlossen.

7. Fragerunde

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Es liegen zwei vorzeitig eingereichte Fragen vor. Die erste Frage betreffend Wasserpreis wurde von Inge Abegglen, SP und Gewerkschaften eingereicht.

Inge Abegglen, SP und Gewerkschaften: Wasserpreis 2011: Im Tagblatt vom 30.11.10 war zu lesen, dass die Stadtwerke Arbon auf den ersten Januar des kommenden Jahres die Grundgebühr für Wasser um Fr. 45.-- auf Fr. 237.-- für jede Betriebs- und Wohneinheit erhöhen will. Das entspricht einer Erhöhung von rund 23 Prozent.

Begründet wird die Erhöhung damit, dass das Wassernetz in gewissen Quartieren nachhaltig saniert werden müsse.

Diese Aussage hat sicher nicht nur mich, sondern viele Arbonerinnen und Arboner erstaunt oder vielleicht sogar ein bisschen entsetzt. Durfte man doch davon ausgehen, dass in der jährlichen Gebühr ein Anteil für die Sanierung, resp. Erneuerung des Kanalnetzes bestimmt ist, wie dies andernorts auch üblich ist.

Deshalb meine Fragen:

1. Wurde das gesamte Netz untersucht? Wie gross ist der Anteil, der in den nächsten fünf Jahren erneuert oder saniert werden muss?
2. Welches ist der Grund der Vernachlässigung des Netzes?
3. Mit welchen Kosten muss in dieser Zeit gerechnet werden? Gibt es einen Rückstellungsfonds dafür?

Stadtrat Reto Stäheli: Frage 1: Das Gesetz wurde mittels der generellen Wasserplanung aufgenommen. Die Planung ist vom Kanton Thurgau abgenommen. Der Anteil der Erneuerung beträgt ca. 5 % und geschieht in Abstimmung mit den anderen Werken.

Frage 2: Das Netz wurde nicht vernachlässigt.

Frage 3: Pro Jahr muss mit 1 Mio. Franken Aufwendungen gerechnet werden. Es gibt für diese Arbeit keinen Rückstellungsfond. Gebühren für den Unterhalt dürfen nicht auf Vorrat erhoben werden.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir kommen zur zweiten Frage betreffend Aufhebung der Planungszone für die Mobilfunkanlagen, eingereicht von Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften.

Erika Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Aufhebung der Planungszone für Mobilfunkanlagen, wie wir dies kürzlich erfahren haben. Laut Pressemitteilung vom 03.12.2010 unterzeichnete der Stadtrat Arbon und drei Mobilfunkbetreiber letzten Sommer eine Vereinbarung im Sinne des Dialogmodells. Die Planungszone wird damit aufgehoben. Diese Zone schuf der Stadtrat im Jahr 2008 auf Grund von Einsprachen der Bergli-Bewohner, in deren Nachbarschaft eine neue Mobilfunkantenne errichtet werden sollte. Es ist deshalb sicher von öffentlichem Interesse, Transparenz zu schaffen, was diese Vereinbarung beinhaltet und für Arbon bedeutet.

Deshalb meine Fragen:

1. Wie und wann orientiert der Stadtrat ausführlich darüber? Mit ausführlich meine ich damit, dass wir auch erfahren, welcher Spielraum der Stadt bleibt im Vergleich zum bisherigen Zustand, ob da jetzt wirklich zum Vorteil der Stadt Arbon geschaffen wurde.
2. Ist die Vereinbarung von der Öffentlichkeit auch einsehbar?

Stadtammann Martin Klöti: Zur Frage 1: Wir haben in der Medienmeldung vom 12. Mai 2010 1 ½ Seiten informiert, sie können dort nachlesen, was dort gemeint ist, mit diesem unterzeichneten Vertrag zum Dialogmodell. Den Verhandlungsspielraum, den sie ansprechen, der ist Verhandlungssache und der ist in gewissen Belangen überhaupt nicht gross, weil die Gesetzgebung so dicht ist. Das haben wir bemerkt durch verschiedene Rekurse, die gestellt wurden und bei denen wir auch verloren haben. Viele Gemeinden der Schweiz haben solche Rekurse verloren, leider solche Rechtsfälle, und trotzdem hilft dieses Dialogmodell natürlich, wie in anderen Städten auch, dass man, bevor ein Mobilfunkanbieter ein Gesuch einreicht, miteinander gesprochen hat. Ich verweise auf den Artikel vom 03.12.2010 im Tagblatt. Dort wird gezeigt, wie die anderen Städte, (Rapperswil-Jona) fahren. Die Stadt Arbon wird dort als Modell hingestellt, es steht: Die Stadt Arbon geht jetzt einen anderen Weg, wie sie gestern mitteilte. Der Stadtrat hebt die für drei Jahre beschlossene Planungszone auf, nachdem er sich mit den Mobilfunkbetreibern Swisscom, Orange und Sunrise bei der Suche nach Standorten für ein Dialogmodell entschlossen hatte. Das ist genau der Paradigmenwechsel, dass man sagt, jetzt spricht man miteinander und braucht daher keine Planungszone mehr.

Frage 2: Für die FGK ist sie selbstverständlich einsehbar. Wir werden sie nicht ins Netz stellen, denn es ist ein Vertrag mit Privaten. Wir stellen keine Verträge mit Privaten ins Netz. Danke für das Verständnis.

Mündlich gestellte Fragen:

Andrea Vonlanten, SVP: Betreffend „Rundtischgespräch – Durchgangsheim am 21.12.2010“. An der letzten Parlamentssitzung haben Peter Hofmann und ich eine Dringliche Interpellation zum geplanten Asylantendurchgangsheim eingereicht. In dieser Interpellation war auch ein runder Tisch gefordert worden. Wie wir nun gestern von Anwohnern an der St. Gallerstrasse hörten, soll ein solcher Runder Tisch am 21. Dezember durchgeführt werden, das begrüssen wir natürlich sehr. Dazu drei Fragen:

1. Welche Rolle wird der Stadtrat spielen? Ist er Gastgeber, ist er Moderator, welche Rolle spielt er?
2. Wer nimmt teil an diesem runden Tisch?
3. Mit welchem Ziel soll dieser runde Tisch durchgeführt werden?

Stadtammann Martin Klöti: Es ist in der Tat so, dass am 21. Dezember 2010 die Pelegrina-Stiftung einlädt. Ich habe bei der Pelegrina-Stiftung namens der Stadt um eine solche Veranstaltung angesucht. Die Rolle der Stadt ist die, die man eben gewünscht hat, dass man die Anliegen anhört, dass man informiert, welches unsere Rolle ist, dass es ganz klar ist, dass nicht wir ein Asylantendurchgangsheim etablieren, sondern dass es der Kanton ist und damit gewisse Missverständnisse aus der Welt geräumt werden.

Die Teilnehmenden sind, in der Hierarchie oben angefangen, Regierungsrat Bernhard Koch, Vertreter der Peregrina-Stiftung, die Leiterin Ressort Asylkoordination Florentina Wohnlich, Stadträtin Heidi Wiher-Egger, Schulpräsident Hanspeter Keller, der SSG, und es sind eingeladen Vertreter des Vereins Viva, die Nachbarn, über Peter Hofmann, der es übernommen hat verdankenswerterweise diese Einladung weiterzugeben. Wie ich gehört habe, hat das bestens geklappt. Wir werden uns am 21. mit dem Ziel treffen, zu informieren, mögliche Missverständnisse aus dem Weg zu räumen und auch klar aufzuzeigen, welches die Personen sind, wie lange sie dort verbleiben werden, wer sie betreut und in welcher Form sie betreut werden, was das für Konsequenzen hat, auch positive für unser Soll, das wir aufnehmen müssen als Anteil von Asylsuchenden. Es soll das Vertrauen wieder hergestellt werden. Das ist das hauptsächliche Ziel.

Konrad Brühwiler, SVP: betreffend Flyer „Zeichen der Legislatur 2007-2011“ an der ARWA, Arbon die Stadt der weiten Horizonte.

Die Arboner Weihnachts-Ausstellung 2010 ist Geschichte. Kompliment an die verantwortlichen Personen für diese emotionale und stimmungsvolle Umgebung, in der diese Ausstellung stattfinden durfte. Auch die Stadt Arbon hat sich mit einem beachtenswerten Stand und engagiertem Standpersonal an dieser ARWA präsentiert.

Anlässlich meines Besuches am Stand der Stadt Arbon stach mir dieser Hochglanzprospekt ins Auge: „Zeichen der Legislatur 2007-2011“. Unglaublich, das Jahr 2010 ist noch nicht zu Ende, doch der Stadtrat präsentiert bereits die Ergebnisse bis 2011.

An diesem Beispiel wird augenscheinlich, wohin die heute Abend bewilligten Gelder für Bürobedarf, Inserate, Druckkosten, Dienstleistungen Dritter etc. u. a. fliessen. Leider, so vermute ich, ist dieses Exemplar erst ein Vorabdruck, denn mit Enttäuschung muss ich feststellen, dass dieser Prospekt:

1. unvollständig illustriert
2. falsch dokumentiert
3. unvollständig bilanziert ist.

Meine dreiteilige Feststellung veranlasst mich zu folgenden Fragen:

1. Auf dem Panoramabild auf der Vorderseite des Prospekts ist weder von der Ortschaft Stachen noch von der Ortschaft Frasnacht auch nur ein Haus oder eine Parzelle zu sehen. Fast genauso in der Auswertung auf der Rückseite. Aus siebzehn realisierten Projekten kommt ein Einziges aus Frasnacht und kein Einziges aus Stachen. Täuscht der Eindruck oder sind die Ortsteile Stachen und Frasnacht für Legislaturziele und Panoramabild zu klein und zu wenig attraktiv?
2. Beim Foto des einzigen Prospekts von Frasnacht, der Fussgängerbrücke zwischen Chriesiweg und Schulhaus handelt es sich mit grösster Wahrscheinlichkeit um eine andere, weiter flussabwärts stehende Brücke. Ist der Stadtammann selber schon mal über diese Brücke am Chriesiweg gegangen?
3. Auf der untersten Spalte werden in einer Bilanz die Abstimmungsergebnisse 2008-2011 aller Bau- und Finanzvorlagen der Stadt Arbon aufgelistet. Vergessen gegangen sind vier Budgetabstimmungen, von denen drei gewonnen werden konnten. Was sind die Gründe dieser unvollständigen Bilanz? Müssten Budgetabstimmungen nicht zu Finanzvorlagen gezählt werden?

Stadtammann Martin Klöti: Ich bin äusserst dankbar für diese sehr spannende Frage. Es gehört zu den Aufgaben des Stadtrats, Öffentlichkeits-Arbeit zu betreiben. An einem Stand geben wir aber nicht Jahresberichte ab. Dort finden sie die Vollständigkeit. In der Öffentlichkeits-Arbeit gilt es Zeichen zu setzen, gewisse Dinge herauszuheben, andere Dinge wegzulassen. Dabei haben wir uns an ein Format gehalten, welches übrigens freundschaftlich übernommen wurde. Die Stadt Kloten hat das genauso gemacht, wir haben gute Beziehungen zum Stadtrat von Kloten. Er machte hier seine Legislaturziel-Veranstaltungen. Sie sehen im Verzeichnis wer alles getextet und Aufnahmen gemacht hat. Das Papier will nicht vollständig sein, es ist auch nicht ein Hochglanzpapier gewählt worden. Die Legislatur heisst nun einmal 2007 – 2011, da kann ich nichts ändern. Wenn ich aus dieser Legislatur gewisse Dinge herauspflücke, dann heisst es oben: 2007 – 2011, auch wenn wir jetzt im 2010 stehen, nur einfach so als Lesehilfe.

Zur 1. Frage: Der Eindruck täuscht. Eine Auswahl hat nie den Anspruch auf Vollständigkeit. Es wäre möglich gewesen, ein Luftbild abzudrucken, aber das sehen sie sich doch besser im Google Earth an. Auf diesem Format könnten sie kein einziges Haus mehr erkennen und dieses ist einfach spannend, weil sie einen Einblick über die Stadt bis über den Bodensee gibt. Das kann man mit einem Luftbild nicht machen, das kann man von oben wie eine Fotokopie eine Karte. Da sind wir uns zu schade für eine so simple Übung. Man muss doch auch einmal eine Auswahl sich nehmen dürfen.

Zur Frage 2: Es gehört zwar nicht zu meinen dringendsten Aufgaben, aber ich interessiere mich stets für solche Bauwerke. Dieses Foto habe ich nicht selbst geschossen, wie viele andere in diesem Flyer, aber diese Brücke ist der Brückentypus, den ich entwickelt habe zusammen mit Steinach als erste Brücke, nämlich die bei der Aach, die geschwungene Brücke. Seither bauen wir alle neuen Brücken, Fussgängerbrücken im gleichen Typus. Ich weiss also sehr genau, wovon ich spreche, wenn ich eine solche Brücke sehe. Ich bin eigenhändig dabei gewesen. Wir haben eins zu eins Modelle gemacht, damit sie wirklich bequem, ansehnlich und stabil wird. Soweit weg bin ich nicht von der Materie, Pläne lesen kann ich auch.

Zur Frage 3: Nein, eine Finanzvorlage hat das Ziel, einen Kredit vom Souverän genehmigen zu lassen. Das jährliche Budget ist eine Budgetabstimmung, also ist es eine Budgetvorlage. Die kommt jedes Jahr, kommt auch nicht in Farbe und kommt als Standart, wie unser Jahresbericht. Daher ist der Ausdruck Bau und Finanzvorlage absolut richtig. Ich hoffe, diese spannenden Fragen nun erhellend beantwortet zu haben.

Andrea Vonlanthen, SVP: betreffend „Hotel Metropol Arbon“: Herr Stadtammann, ich denke, sie haben mit ihrer erhellenden Antwort die Einheit unserer Stadt gerettet, sehr eindrücklich, Kompliment.

Wir stehen noch vor ganz anderen Herausforderungen, Hotel Metropol. Ich habe gestern von einer

gut informierten Fachperson gehört, dass es bereits diverse Angebote gibt für den Kauf des Hotels und dass die Angebote mit Nutzungen für Wohnungen deutlich über jenen lägen für Nutzung mit Hotel, ja doppelt so hoch seien. Zwei Fragen dazu:

1. Welches ist der Infostand des Stadtrates in diese Sache?
2. Wie, Herr Stadtammann, nehmen sie jetzt Einfluss? Sie haben öffentlich gesagt, dass sie von Pontius bis Pilatus springen würden, sinngemäss, um das Metropol als Hotel zu retten, das dürfte ein grosser Kraftakt werden. Wie wollen sie das schaffen?

Stadtammann Martin Klöti: Willkommen zur „Plauderstunde“ mit Andrea Vonlanthen. Ich gebe sehr gerne Auskunft, denn auch das ist eine sehr spannende Frage. Den letzten Stand habe ich von diesem Montag um 07.30 Uhr. Ich konnte mich mit der Spitze von Migros treffen, in der Betriebszentrale in Gossau. Ich habe dem Stadtrat darüber rapportiert. Es sind inzwischen 30 Interessenten. Alle haben ein Dossier erhalten. Wir, die Stadt Arbon haben dasselbe Dossier auch erhalten, weil wir gleich behandelt werden wie Interessenten. Der Infostand ist also der, dass nun die Interessenten dokumentiert werden. Aufgrund dieser Dokumentation können sich Interessierte ein Bild machen und je nachdem, können sie sich weiter nachhaltig dafür interessieren oder sie nehmen davon Abstand.

Ich weiss einige, die sich interessieren, werde sie aber ganz bestimmt nicht heute Abend öffentlich kundtun. Den Einfluss, den wir nehmen werden, das sind die Rahmenbedingungen zu definieren. Es herrscht Gestaltungsplanpflicht. Über diesen Gestaltungsplan wird der Stadtrat seinen Einfluss nehmen können und zwar soweit, dass wir öffentliche Flächen haben, die der Stadt gehören. Wir sind also Nachbarn, wir haben ein öffentliches Wegrecht. Ich habe alle diese Rahmenbedingungen schriftlich festgehalten, mit unserer Abteilung Bau abgeglichen und ebenfalls der Migrosspitze übergeben.

Was nun geschieht, ist eben dieser Angebots-Prozess und wir sind mit dabei, wenn es zu einem Konkurrenzverfahren kommt, seien es Investorenwettbewerbe, sei es ein Wettbewerb für Projektentwicklung. Bei der letzten Projektentwicklung waren wir mit in der Jury. Wir werden auch die Aufgabenstellung mit beeinflussen können. Ich habe zusätzlich von unserem Archivar die ganze Migrosgeschichte bis anfangs der 60er Jahre dokumentiert, habe sämtliche wichtigen Aussagen von Duttweiler zitiert und habe eine fundamentale Diskussion geführt mit dem Verwaltungsratspräsidenten, mit dem CEO und dem Chef Immobilien.

8. Verschiedenes

- *Informationen aus dem Stadtrat*

Stadtammann Martin Klöti: Ich möchte hier in aller Öffentlichkeit danken für die sehr positive Zustimmung zu unserem Projekt NLK, im Namen des Stadtrates, an sie, ans Parlament und an die Bevölkerung.

Ich möchte auch sagen, dass wir die ARWA sehr sorgfältig vorbereitet haben und sehr viele, spannende Hinweise bekommen haben. Eine erste Zusammenfassung werden wir anlässlich der Neujahrsgegrüssung schon präsentieren können. Den Flyer haben wir aufgelegt als Zeichen der Legislatur und wir haben ebenfalls aufgelegt einen kleinen Flyer von der Caritas. Am 18. Dezember 2010, lade ich sie ein zu den Anlass 1 Million Sterne in den Jakob Züllig-Park um 16.00 Uhr. Zusammen mit den Schulen machen wir dort eine sehr schöne Lichtinstallation, mit ganz vielen Kerzen, mit 500 Kerzen und Kerzenhaltern. Sie dürfen selber hingehen, Kerzen anzünden, sich was wünschen, oder sie können selber ein Schild schreiben und an diese gläsernen Kerzenhalter anheften, dies als feierlicher Abschluss dieses Jahres.

Im Namen des Stadtrates danke ich ihnen für das Vertrauen in diesem Jahr und wünsche ihnen eine schöne Advents- und Weihnachtszeit.

Präsidentin Claudia Zürcher: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Wir sind am Ende dieser Sitzung angekommen und ich danke ihnen allen für die aktive Mitarbeit und ihr Interesse. Im Foyer haben Evelyne Jung und ich für alle Nüsse, Mandarinen und einige Süßigkeiten bereitgestellt und es freut uns, wenn sie sich noch ein wenig mit uns an einen Tisch setzen.

Auch an ihrem Platz haben sie eine Karte vorgefunden, es handelt sich dabei nicht um eine Schleichwerbung. Wir haben diese Wünsche unseren Geschäftskunden und Partner zugesandt und wir möchten auch ihnen viele Lichtblicke im neuen Jahr wünschen. Ein chinesisches Sprichwort sagt: Besser ist es ein Licht anzuzünden, als die Dunkelheit zu beklagen. Möge es ihnen gelingen, viele solcher Lichter im neuen Jahr anzuzünden. Eine erste Möglichkeit haben sie ja bereits am 18. Dezember 2010.

Im Neuen Jahr treffen wir uns zur nächsten, 26. Parlamentssitzung am 22. Februar 2011 wieder. Die Sitzung vom Januar 2011 entfällt, was wir ihnen bereits per Mail mitgeteilt haben.

Ich wünsche ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit.

Schluss der Sitzung: 21.45 Uhr

Die Parlamentspräsidentin:

Claudia Zürcher-Hägler

Die Parlamentssekretärin:

Evelyne Jung

Nächste Parlamentssitzung: Dienstag, 22. Februar 2011, Seeparksaal, Beginn 19.00 Uhr.